30. März 1945: Massaker der Nazis in der Bittermark Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 16, 20. April 1979 | 13. Jahrgang | 50 Pfennig

Skandalöse Freisprüche im Bochumer NS-Prozeß

Nazi-Mörder müssen bestraft werden!

Es war im Jahr 1942, in der Nähe der sowjetischen Stadt Minsk. Ein SS-Vernichtungskommando wütete unter den jüdischen Bürgern. 7000 Menschen fielen den Hitlerschen Bestien zum Opfer, wurden erschossen, erschlagen, bei lebendigem Leibe verbrannt . . .

Aber erst jetzt, Jahrzehnte nach dem Massaker, hatten sich die Mörder von Minsk vor einem Gericht dieses Staates zu verantworten. Und sie wurden freigesprochen! Freispruch für den Hauptscharführer Förster, Freispruch für seinen Komplizen Lengl. Das war am vergangenen Mittwoch das Ergebnis des Bochumer NS-Prozesses. (Siehe auch S. 7).

An diesem Donnerstag wird das Urteil gegen vier Angeklagte im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß erwartet: Es gilt schon als sicher, wie es aussehen wird — Freispruch. In Bochum und in Düsseldorf hat es an Beweisen nicht gefehlt. Auch nicht als Zeugen, die als Überlebende der Greuel die furchtbare Schuld der Nazi-Schergen bestätigen konnten. Aber kalt setzten sich die Gerichte über das Zeugnis dieser Menschen hinweg. Die Opfer gelten ihnen als unglaubwürdig; die Mörder werden als Ehrenmänner behandelt und auf freien Fuß gesetzt.

Noch vor der Sommerpause soll im Bundestag über die Verjährung von Nazi-Verbrechen entschieden werden. Was jetzt in Bochum und Düsseldorf praktiziert wird, das ist schon die vorweggenommene Verjährung. Diese Prozesse und die skandalösen Freisprüche sind eine Verhöhnung der Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft, eine unerträgliche Provokation gegen jeden Demokraten und Antifaschisten. Sie zeigen zugleich, daß gerade jetzt im Vorfeld der Verjährungsdebatte im Bundestag der Kampf für die Bestrafung der faschistischen Mörder in aller Härte weitergeführt werden muß.

Keine Verjährung der Nazi-Verbrechen!
Bestrafung der Nazi-Mörder!



13. April 1979: Vor 34 Jahren wurden an der Bittermark in Dortmund 289 Menschen von der Gestapo ermordet. Heute haben sich die Angehörigen und zahlreiche Antifaschisten hier versammelt. Den salbungsvollen Reden der offiziellen Redner mit dem Tenor „Liebet euren Nächsten" halten Antifaschisten die Forderung „Keine Verjährung von NaziVerbrechen" entgegen.

Rhodesische Überfälle auf Sambia

Mit mehreren militärischen Angriffsaktionen gegen Sambia versuchte das rassistische Smith-Regime Südrhodesiens die Wahlfarce abzusichern, die am 17. bis 19. 4. eine der weißen Herrscherclique genehme Marionettenregierung an die Macht bringen sollte.

Bei einem schweren Luftangriff auf ein Lager der afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU) ermordeten die Rassisten 136 Menschen, darunter Frauen und Kinder. Auch ein westdeutscher Entwicklungshelfer wurde getötet. Über 200 Menschen wurden verletzt. In der Nacht zu Karfreitag stießen Truppen des Rassistenregimes bis in das Zentrum von Lusaka vor und sprengten das Hauptquartier der ZAPU und das Hauptquartier der Patriotischen Front am Stadtrand von Lusaka in die Luft. Dabei sollte der Führer der ZAPU, Nkomo, ermordet werden.

Diese Mordaktionen des Smith-Regimes rufen Abscheu und Empörung in aller Welt hervor. Die Scheinwahlen finden unter den Bajonetten einer rassistischen Militärmacht statt, zu der alle weißen Männer bis zu 60 Jahren kurzfristig einberufen wurden.

Die Befreiungsorganisationen Simbabwes hatten zum Boykott dieser Wahlfarce aufgerufen.

Druckereiarbeiter von Tarifabschluß überrumpelt

40-Stunden-Woche festgeschrieben!

In der Druckindustrie wurde jetzt ebenfalls die 40-Stunden-Woche für fünf Jahre festgeschrieben. Damit ist nun auch die Führung der IG Druck und Papier dem Kampf der Arbeiterklasse für die 35-Stunden-Woche in den Rücken gefallen.

Statt einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit haben die Drupa-Führer, ähnlich wie Herb und Loderer für die Stahlwerker, einige Freischichten für Nachtschichtarbeiter sowie für Kollegen ab 58 Jahren vereinbart. Der Urlaub wird bis 1983 stufenweise auf sechs Wochen für alle angehoben. (Genaueres zum neuen Manteltarifvertrag auf Seite 4).

Dieser Abschluß bei den Manteltarifverhandlungen entspricht dem Angebot, das die Druckunternehmer zuletzt vorgelegt hatten. Die Gewerkschaftsführung hatte noch kurz vor dem Abschluß getönt, es sei unannehmbar.

Bei den Lohnverhandlungen wurden 4,5 Prozent sowie ein Prozent zusätzlich für die drei unteren Lohngruppen vereinbart. Damit können nicht einmal die Preiserhöhungen aufgefangen werden.

Preis für Normalbenzin bald auf 1,10 DM?

Es ist noch nicht lange her, da sprach man noch von der magischen Eine-Mark-Grenze für Superbenzin. Heute kann von irgendwelchen magischen Grenzen wahrhaftig nicht mehr die Rede sein, die sind längst eingerissen durch eine hemmungslose Preisoffensive der Ölkonzerne.

EG-Kommissar Dr. Guido Brunner gab am 9. April während einer Pressekonferenz in Dortmund zu Protokoll, die Preise für Normalbenzin könnten in diesem Jahr noch auf 1,10 Mark pro Liter steigen.

Als Begründung nannte er die Preispolitik der OPEC-Länder. Die erdölfördernden Länder allerdings haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß ihre Preiserhöhungen in keinem Verhältnis zu den Superprofiten stehen, die die Erdölmultis schließlich unter dem Vorwand der OPEC-Politik herausholen. Die Riesenkonzerne haben das Monopol und nutzen brutal die Abhängigkeit der werktätigen Bevölkerung von Öl und Benzin aus.

Tritt die vorhergesagte Entwicklung ein, so wird sich der Benzinpreis seit 1970 verdoppelt haben. Der Staat, der durch eine katastrophale Politik in Sachen öffentlicher Nahverkehr die Werktätigen weitgehend vom Auto abhängig gemacht hat, kassiert kräftig mit. Bei dem heutigen Durchschnittspreis von 90,3 Pfennig wandern 53,7 Pfennig in die Staatskasse.



Die Werktätigen müssen immer tiefer in die Tasche greifen, und die Multis machen den großen Reibach: Profitquelle Benzin

Auf diesem Hintergrund ist es allzu verständlich, wenn Regierungssprecher Grünewald nicht etwa die hemmungslose Preispolitik der Konzerne verurteilt, sondern die Kritik daran.

Aufruf zur Demonstration in Brunsbüttel

Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm geht weiter. Allein am vorletzten Wochenende waren wiedet über 10 000 Menschen auf der Straße. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Brunsbüttel ruft für Samstag, den 21. 4. zu einer Demonstration auf. In ihrem Aufruf heißt es: „*Wenn wir und unsere Kinder leben sollen, darf das AKW Brunsbüttel nicht wieder in Betrieb genommen werden.*" Er schließt mit den Forderungen: „*Sofortige und endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel! Keine WAA in Gorleben und anderswo! Schluß mit der Kriminalisierung von Atomkraftgegnern.*" Treffpunkt: Neuer Markt Brunsbüttel, 14 Uhr (siehe auch S. 3).

Erbitterte Kämpfe in Nikaragua

Trotz Bombenterror und Artilleriefeuer ist die Stadt Esteli nach wie vor in der Hand der Patrioten. Bis Redaktionsschluß hatten die Patrioten weitere militärische Erfolge zu verzeichnen. Sie befreiten drei kleinere Städte zwischen Managua und Esteli. Managua selbst ist nur noch auf dem Luftweg zu erreichen. Während Präsident Somoza bei seinen Freunden in den USA weilt, haben die beiden großen Gewerkschaftsverbände zu Massenkundgebungen gegen das Somoza-Regime aufgerufen (siehe auch Artikel auf Seite 10).

Preissteigerungen bis 4 Prozent zu erwarten

Das jüngst veröffentlichte Frühjahrsgutachten der fünf führenden Wirtschaftsinstitute sagt eine erhebliche Steigerung der Inflationsrate voraus. Rühmten sich die verantwortlichen Politiker vor kurzem noch, die offizielle Steigerungsrate unter die Drei-Prozent-Marke gedrückt zu haben, so sind in der zweiten Jahreshälfte Inflationsraten bis zu vier Prozent zu erwarten. Damit machen die in diesem Jahr abgeschlossenen Lohnerhöhungen real null Prozent aus.

(Siehe auch Artikel auf S. 4).

Stahlindustrie in der EG

80.000 Arbeitsplätze auf der Abschußliste

Nicht umsonst haben sich die letzten großen und heftigen Kampfaktionen der europäischen Arbeiterklasse an der Stahlfront entwickelt; der Streik der deutschen Stahlkocher für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die militanten Massenaktionen ihrer französischen Klassenbrüder gegen Massenentlassungen. Bereits in den letzten fünf Jahren hatten die Stahlkapitalisten in der EG über 100.000 Kollegen auf die Straße gesetzt, 13.000 bei uns, 26.000 in Frankreich.

Nach Auskunft eines französischen EG-Kommissars soll dieser Trend für die Zukunft festgeschrieben werden. Bis 1984 rechnet die EG mit der Vernichtung von 80.000 Arbeitsplätzen, obwohl sie bis 1980 eine Produktionssteigerung von 11 Prozent voraussagt.

Die Stahlunternehmer setzen mit aller Macht ihren Raubzug gegen die Kollegen der Eisen- und Stahlindustrie durch. Sie wenden ihre eiserne Kapitalistenregel an: Produktionssteigerung bei Belegschaftsabbau.

In diesem Zusammenhang mutet es geradezu lächerlich an, wenn das gewerkschaftseigene wirtschafts- und sozialpolitische Institut positive Auswirkungen aus dem Arbeitsmarkt der Stahlindustrie feststellt. In der Tat werden zur Zeit einige hundert Arbeitskräfte gesucht, da sich die Stahlindustrie gegenwärtig im Aufschwung befindet.

Trotz Produktionsausfall in den Streikwochen übersteigt die Stahlproduktion der ersten drei Monate 1979 deutlich die der Vergleichsmonate im Vorjahr. Doch wenn 80.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, kann die Nachfrage von einigen hundert nicht ernsthaft ins Gewicht fallen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, welchen Bärendienst die IGM-Führer den Stahlkochern erwiesen haben, als sie die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit fallenließen. (Siehe auch auf Seite 5: Rationalisierungswelle).



März 1979: 700.000 Arbeiter demonstrieren in Paris gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Frankreich.

Kommentar

Auf einmal „Hüter der Menschenrechte"?

Als zu Beginn des Jahres 1974 im Iran der oppositionelle Dichter Golezorki zusammen mit anderen Schah-Gegnern in einem Schauprozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, berichteten die westdeutschen Massenmedien darüber nicht. Als 1975 wieder einmal eine ganze Gruppe politischer Gefangener von den Schergen des Schah „auf der Flucht erschossen" wurde, sahen die schwarzrotgoldenen Bonner Politiker darin keine „Verletzung der Menschenrechte". Westdeutsche Massenmedien und Politiker nahmen zur Zeit des Schah-Regimes keine Notiz von den Zehntausenden, die in den iranischen Gefängnissen meist ohne Gerichtsurteil unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten wurden; sie bleiben kalt angesichts der tausendfachen Mordtaten des persischen Geheimdienstes SAVAK; sie erhoben auch 1977, 1978 und Anfang 1979 keinen Einspruch, als in den Straßen der iranischen Städte mindestens 20.000 Menschen — vor allem Frauen und Kinder — von den Polizei- und Militärkräften buchstäblich niedergemetzelt wurden...

Im Februar 1979 wendete sich das Blatt. Das blutige Schah-Regime wurde gestürzt. Das Volk machte eine große Anzahl der ehemaligen Unterdrücker dingfest. Unter dem Druck der Massen werden die Verantwortlichen nun für ihre Verbrechen bestraft. Ein kleiner Teil von ihnen — bis letzten Donnerstag waren es 110 — ist bis jetzt erschossen worden. Die Bestrafung der Reaktionäre ist eine völlig verständliche und gerechtfertigte Maßnahme. Und außerdem: Würde das Volk gegenüber seinen Peinigern Milde walten lassen, so würde es ihnen nur Gelegenheit zur Sammlung ihrer Kräfte, zu einem erneuten blutigen Losschlagen geben. Schon viel zu oft in der Geschichte (und wir kennen das auch aus der deutschen Geschichte!) haben revolutionäre Volksmassen ihre Milde und Großzügigkeit gegenüber den geschlagenen Reaktionären mit furchtbaren Blutopfern bezahlen müssen!

Wie aber reagierten nun die westdeutschen Politiker und Massenmedien? Jetzt, da es den Henkern, den führenden persischen Faschisten an den Kragen geht, stellen sie plötzlich im Iran „Menschenrechtsverletzungen" fest, entfesseln sie gar eine hysterische, sich immer noch steigernde Kampagne zugunsten der bedrohten Massenmörder!

Die „Bild"-Zeitung zetert über „furchtbare Morde" und „Ströme von Blut"; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" diagnostiziert eine „Welle der Geheimprozesse und Hinrichtungen" sowie „Blutjustiz". Die sich seriöse gebende „Zeit" hört im Iran „Die Wölfe der Revolution heulen", für sie hat „offenbar der Amoklauf der Jakobiner begonnen". Die hingerichteten Faschisten werden dagegen mit einfühlsamen, in ausgesuchter Sprache verfaßten Nachrufen bedacht. „Er liebte das Leben", schreibt die „Zeit" über den hingerichteten Expremier Howeida; und die „Frankfurter Allgemeine Zeitimg" läßt einen Nachruf auf Chalatbari mit dem Satz beginnen: „Wer den persischen Diplomaten Abbas Chalatbari kannte, der lange Außerminister des Kaiserreiches war, wird die Erinnerung an sein Lächeln bewahren, ein gütiges, wissendes Lächeln, das still überwundenes Leid und einen großen Charakter verriet."

Natürlich erheben auch die Bundestagsparteien nun mit einem Mal ihre Stimmen gegen die „unmenschlichen Willkürakte" im Iran; für die SPD-Fraktion erklärte zum Beispiel der Parlamentarier und frühere Juso-Vorsitzender Corterier: die Todesurteile könnten „nur als Morde charakterisiert" werden. Die Bundesregierung schließlich ist „betroffen"; sie unternahm in der letzten Woche sogar diplomatische Schritte und appellierte an die iranische Regierung, die „Menschenrechte einzuhalten". — Wo aber waren diese Herren in den Jahren des Schah-Regimes, als das Volk niedergetreten wurde? — Da arbeiteten sie mit dem Regime zusammen, empfingen in Bonn seine höchsten Repräsentanten — auch den Schah — und waren selbst im Teheraner Kaiserpalast häufig zu Gast.

Was die westdeutschen Herren in Wirklichkeit so „betroffen" macht, ist, daß es im Iran die ehemaligen Unterdrücker sind, denen die Rechnung aufgemacht wird — die „hohen Tiere", die Generale des SAVAK und der Armee, die Minister, die Parlamentsmitglieder, die Polizeichefs, die Offiziere. Die westdeutschen Herren nehmen mit Schrecken wahr: Was da vor den Revolutionstribunalen und vor den Gewehrläufen der Revolutionäre steht, das ist verwandtes Fleisch und Blut. Iran zeigt ihnen: Die Unterdrücker der Völker, so blutig sie sich auch gebärden, können nicht endlos nach Belieben schalten und walten. Die Geduld des Volkes ist zwar lang — viel zu lang! elend lang! — aber eines Tages ist sie zu Ende. Dann wird der Spieß umgedreht.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Gemeinsamkeit demonstrierten Vertreter der Bundeswehr und ehemalige SS-Leute der HIAG vor dem Kriegsdenkmal am Stefansplatz in Hamburg, am Volkstrauertag 1978.

Apel verharmlost Neofaschismus in der Bundeswehr

Glaubt man dem Bundesverteidigungsminister Apel, dann besteht der Neofaschismus in der Bundeswehr lediglich aus einigen „antisemitischen Rüpeleien" einiger junger Soldaten, aus einigen „extremen Einzelerscheinungen", die zwar „bedauerlich" sind, aber nicht weiter „verabsolutiert" werden können.

Diese ungeheuerlichen Äußerungen tat Apel in einer Rede an der Hamburger Bundeswehrhochschule anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung, auf die wir noch zu sprechen kommen. Apels Worte sind eine Verhöhnung der zunehmenden Sorge der Bevölkerung über das immer dreistere Auftreten alter und neuer Nazis. Apels Äußerungen dokumentieren die Bestrebungen der politischen Führung dieses Staates, rechte und faschistische Aktivitäten herunterzuspielen, zu verharmlosen, und damit faktisch zu decken, zu ermutigen, zu fördern.

Die wirklichen Verhältnisse in der Bundeswehr strafen die Ausführungen Apels Lügen. Bei den bekanntgewordenen antisemitischen Vorfällen handelt es sich nicht um Einzelerscheinungen, sondern um eine ungebrochene Kette von Äußerungen faschistischer Gesinnung. Und es handelt sich nicht nur um grüne (bzw. braune) Jungens, denen Apel in seiner Rede ein Defizit an Kenntnissen über die Zeit der Nazi-Herrschaft gutschreibt. Es handelt sich zum Beispiel auch um einen Flottenadmiral Horst Wenig, einen der ranghöchsten Offiziere der Bundeswehr, der in einer feuchtfröhlichen Offiziersrunde bedauert haben soll, daß Hitler noch viel zu wenig Juden vergast hätte. Es handelt sich weiter um ein Luftwaffengeschwader, das den aktiven Nazi, Ex-Oberst und höchstdekorierten Offizier der Hitler-Wehrmacht, Rudel, zu einem „Traditionstreffen" einlud. Es handelt sich in diesem Zusammenhang auch um die Luftwaffengeneräle Krupinski und Franke, die eben diesen Rudel gegenüber Angriffen öffentlich in Schutz nahmen. Und es handelt sich nicht zuletzt um den Fall des aktiven Bundeswehr-Majors Lindner, der anstandslos in der vorletzten Woche Landesvorsitzender der neofaschistischen NPD in Nordrhein-Westfalen werden konnte.

Das Problem des Faschismus in der Bundeswehr besteht nicht allein in der Existenz neofaschistischer Soldaten und Offiziere. Es ist gleichzeitig und vor allem eine Frage der Verbindungen, die diese Armee nach hinten, in die Vergangenheit, zur Armee Hitlers hat. Die angeblich demokratische Bundeswehr ist maßgeblich von den Generalen, Offizieren und Unteroffizieren der zerschlagenen Hitler-Armee aufgebaut worden, und diese Leute stehen teilweise heute noch immer im Dienst. In einer Armee, die wieder die Belange der Monopole und Kapitalisten militärisch vertritt, in der Leute wie Maizière, Trettner, Steinhoff, Kielmannsegg, Poser, Speidel, Heusinger, Foertsch das Regiment führten und führen, sind barbarische, faschistische, rassistische, chauvinistische, antisemitische Akte und Äußerungen keine „bedauerlichen Einzelfälle", sondern Bestandteil.

In dieser Armee ist es nur natürlich, daß Antifaschisten für ihre Haltung bestraft werden: so der Gefreite Anselm Conrad, der im KZ Dachau einen Kranz niedergelegt hatte; so der Stabsarzt Schröder, der in einer Rede neonazistische Umtriebe in der Bundeswehr angeprangert hatte.

Seine Rede hielt Apel anläßlich der Eröffnung einer zionistischen Ausstellung mit dem Titel: „Vom Land Palästina zum Staat Israel — eine Region im Wandel." — So zynisch wird also in westdeutschen Bundeswehrhochschulen die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat, ihre Unterdrückung, werden die gegen die arabischen Länder geführten Angriffs- und Eroberungskriege umschrieben, gerechtfertigt und verherrlicht. Auch dies fällt unter das Thema „Faschismus und Reaktion in der Bundeswehr".

Bonns Hetze gegen Palästinenser

Eine neuerliche Hetzkampagne entfaltete in der vergangenen Woche die Bonner Presse gegen das palästinensische Volk. Eine Reihe von Blättern, unterstützt vom CSU-Bundestagsabgeordneten Graf Huyn, forderte sogar die Ausweisung des Vertreters der PLO bei der Arabischen Liga in Bonn.

Anlaß für die Kampagne war ein Interview, das der PLO-Vorsitzende Arafat am vergangenen Montag der ARD gegeben hatte. Dabei hatte er unter anderem erklärt: „Keine andere Regierung in Europa unterstützt so wenig die Sache der Palästinenser, ist so einseitig für Israel eingetreten." Weiter hatte Arafat erklärt, ein Öl- oder Wirtschaftsboykott arabischer Länder gegen feindselige Staaten wie die Bundesrepublik sei legitim.

Obwohl der PLO-Führer ausdrücklich seine Verbundenheit mit dem deutschen Volk hervorhob, versuchte die gleichgeschaltete Bonner Propaganda seine Äußerungen in einen Angriff auf die westdeutschen Werktätigen umzufälschen. Aber Tatsachen bleiben Tatsachen. Es ist richtig, daß Bonn den israelischen Gangsterstaat stets massiv unterstützt hat. So flossen über Jahre hinweg unter dem Deckmantel der „Wiedergutmachung" für die Verbrechen der Hitler-Diktatur Milliarden in die Kassen des israelischen Staates, Milliarden, von denen ein großer Teil direkt in die Aufrüstung der aggressiven Kriegsmaschine gesteckt wurde. Als das iranische Regime 1967 die arabischen Nachbarländer mit einem blutigen Krieg überzog, stärkte Bonn ihm den Rücken.

Die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat, aus der es von den israelischen Aggressoren vertrieben wurde, sind dagegen in Bonn stets mißachtet worden. Bis heute hat die Bundesregierung sich auch geweigert, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Und nach wie vor sind in diesem Land, wo zahlreiche Palästinenser arbeiten und studieren, die Generalunion Palästinensischer Arbeiter und die Generalunion Palästinensischer Studenten verboten. Diese Tatsachen beweisen die feindselige Haltung Bonns gegenüber dem palästinensischen Volk. Zudem hat Schmidt erst vor wenigen Wochen anläßlich des Besuchs von Sadat zu verstehen gegeben, daß sich die Bundesrepublik an dem antiarabischen Pakt zwischen Washington, Tel Aviv und Kairo finanziell beteiligen will. So sind die Forderungen Arafats nach wirtschaftlichen Maßnahmen der arabischen Länder gegen Bonn nur berechtigt.

Rationalisierung bei Sprengel

1972 kaufte der amerikanische Nabisco-Konzern die Sprengel-Firma für 130 Millionen Mark. 1977 wurden die XOX-Werke in Kleve und Celle stillgelegt. Die Belegschaft wurde innerhalb von vier Jahren mehr als halbiert. Das Werk I in Hannover soll noch dieses Jahr stillgelegt werden. Das Werk II wird von Nabisco zum Kauf angeboten. 100 Millionen Mark will der Konzern damit einstreichen. Da für diesen Preis wohl kaum ein Käufer zu finden sein wird, wird es letztlich einen Konkurs geben.

Bei den jüngsten Tariferhöhungen wurde zwar der äußerst niedrige Grundlohn vereinbarungsgemäß erhöht, aber sämtliche innerbetrieblichen Zuwengen gestrichen. Die Lehrstellen wurden rapide abgebaut. Kein Auszubildender wird übernommen. In den letzten Jahren lag die Übernahmequote immerhin noch bei 50 Prozent.

Der Nabisco-Konzern hat bis jetzt schon 150 Millionen Mark aus Sprengel herausgezogen, zu zahlen haben die Kollegen.

Peruanischen Bergleuten droht Todesstrafe

Im Rahmen seiner spektakulären Südamerika-Reise machte Bundeskanzler Schmidt auch in Peru Station. Über das peruanische Volk haben die Militärs eine blutige Diktatur errichtet. Die gesamte fortschrittliche Presse ist verboten. Als im März die Arbeiter eines Kupferbergwerks in Südperu in den Streik traten, wurde der Arbeitskampf gewaltsam niedergeschlagen. 56 Bergleute wurden von den Militärs verhaftet. Nach Auskunft ihres Anwalts müssen sie mit Todesurteilen rechnen. Das alles hinderte den Vizevorsitzenden der SPD nicht, dem peruanischen Regime zu attestieren, es befände sich auf dem Weg zur Demokratie.



Arbeitslosigkeit bei Lehrern um 30 Prozent gestiegen

Im März 1979 sind nach Auskunft der GEW 30 Prozent mehr Lehrer arbeitslos als im Vorjahresmonat. In derselben Zeit hat sich die Zahl der kurzarbeitenden Lehrer sogar um 130 Prozent erhöht.

Trotzdem sind die Schulklassen in der Bundesrepublik immer noch größer als die Durchschnittsklasse in der europäischen Gemeinschaft. **Die gewerkschaftliche Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit muß durchgesetzt werden.** 17.000 arbeitslose und 35.000 kurzarbeitende Lehrer sprechen eine deutliche Sprache.



Die Teilnehmer einer Anti-AKW-Demonstration in Essen am 7.4. veranschaulichen die Folgen eines schweren atomaren Unfalls

Die Atomindustrie geht über Leichen!

Auf die Frage „Atomenergie, ja oder nein" hat die „Süddeutsche Zeitung" in einem Kommentar folgende aufschlußreiche Antwort parat: „Wieviel Geld und wieviel — die Leser verzeihen — Menschenleben kostet das und in welcher Relation steht der Aufwand zu dem der anderen großen Energieerzeuger. Eine aufgeklärte Gesellschaft muß damit zurechtkommen."

Nun — die Frage nach den Menschenleben ist schnell beantwortet. Harrisburg hat gezeigt, daß der Super-GAU durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Spielen wir eine solche Katastrophe durch. Vorher möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen: Die folgenden Angaben stammen nicht aus irgendwelchen „kommunistischen Hetzküchen", sondern aus einer Untersuchung des Instituts für Reaktorsicherheit (IRS) vom August und November 1976, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums in aller Heimlichkeit angefertigt wurde.

Unterstellen wir, ein Reaktorkern schmilzt durch und zerstört die Reaktorhülle. Es herrscht eine Windgeschwindigkeit von einem Meter pro Sekunde. Die todbringende, unsichtbare und geruchlose Strahlung hätte binnen 17 Minuten im Umkreis von einem Kilometer sämtliches Leben zerstört. In knapp drei Stunden wäre alles Leben im Umkreis von zehn Kilometern restlos vernichtet. Selbst in einhundert Kilometer Entfernung wäre nach knapp 28 Stunden nirgends mehr Leben zu registrieren. Was das in der dichtbesiedelten Bundesrepublik bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen.

Nun rufen die Verantwortlichen, die AKW-Betreiber, die Politiker, die Gewerkschaftsführer, die gestern noch die Katastrophe ins Reich der Utopie verwiesen, die nicht müde wurden, die Harmlosigkeit der AKWs zu propagieren, nach scharfer Überprüfung der Sicherheitsvorkehrungen. Einige treten sogar für eine vorübergehende Stillegung ein. Sind sie endlich zur Vernunft gekommen? Hat Harrisburg ihnen endlich die Augen geöffnet?

Davon kann überhaupt keine Rede sein. Denn alles, was nach der Katastrophe von Harrisburg offensichtlich geworden ist, war den Verantwortlichen auch schon vorher bekannt.

Hier nur einige Beispiele: Im Jahre 1976 stellte der amerikanische Sicherheitsingenieur für Kernkraftanlagen sein Amt am Indian-Point-Reaktor in der Nähe von New York zur Verfügung. Seine Begründung: „Wenn ich im Besitz der notwendigen Vollmachten wäre, würde ich das Kraftwerk Indian Point schließen. Ein katastrophaler Unfall kann jederzeit passieren. Ähnliche Probleme wie in Indian Point gibt es in zahlreichen anderen US-Kernkraftwerken. Das Ausmaß der Gefahr wird von der Regierung vertuscht, weil sie befürchtet, daß die Freigabe wahrheitsgemäßer Informationen darüber die Bevölkerung in Opposition gegen die Betreiber der Werke veranlassen würde." War dieser Ingenieur vielleicht hysterisch?

Im letzten Jahr veröffentlichte die Kölner Gesellschaft für Reaktorsicherheit einen Bericht über AKW-Zwischenfälle, die bis einschließlich 1969 aufgetreten waren. Von den 120 registrierten Unfällen waren nur elf auf menschliches Versagen zurückzuführen. An der Spitze der Ursachen lagen technische Schäden direkt im Reaktorkern.

Als 1977 im Lörracher Landratsamt ein geheimer Katastrophenplan verschwand und anschließend veröffentlicht wurde, sollte ein Krankenpfleger für 16 Tage eingelocht werden, weil er in dieser Sache die Aussage verweigerte. Der Plan bezog sich auf das AKW Fessenheim. Selbst ein Beamter im Freiburger Amt für Zivilschutz mußte zugeben, was ein schwerer Zwischenfall bedeutet: „Für Freiburg Tabula rasa, das Leben mangels Schutz ausgelöscht!"

Als im November 1977 der Bund besorgter Wissenschaftler in Cambridge (Massachussetts) darauf hinwies, daß ein schwerer Unfall hundert- bis dreihunderttausend Tote nach sich ziehen würde, und daß ohne Unfall in den nächsten 20 Jahren allein mit 15.000 zusätzlichen Krebstoten gerechnet werden muß, wo waren da die Rufe nach Sicherheit? Im Dezember 1975 veröffentlichte der amerikanische Nobelpreisträger Professor Lederberg ein Gutachten, das von schweren Erbschäden und Mißbildungen unter der Bevölkerung in der Nachbarschaft von AKWs sprach.

Im April 1977 warb das Mannheimer Reinigungsunternehmen für den „Job des Jahres 2000". Dahinter verbarg sich stundenweise Putzarbeit für Obdachlose, nicht registrierte Personen, in AKWs; stundenweise, weil die Strahlung für die volle Schicht zu stark ist; nicht registriert, weil dann keine Ansprüche von seiten der Geschädigten zu erwarten sind.

Die AKW-Betreiber und Politiker wissen genau, welche Gefahren mit den AKWs verbunden sind. Ihre jetzige Betroffenheit ist geheuchelt. Wenn ihnen niemand in den Arm fällt, ziehen sie ihr Atomprogramm durch. Sie setzen die Gesundheit und das Leben von Millionen aufs Spiel.

„Panikmache"

Im Januar 1977 veröffentlichte der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. eine geheime Untersuchung des Instituts für Reaktorsicherheit, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums durchgeführt wurde. Daraus ging hervor, daß im Umkreis von 100 Kilometern alles Leben erlischt, wenn ein Reaktorkern durchschmilzt. Der „Rote Morgen" schrieb in seiner Ausgabe vom 21.1.1977:

„Die Bundesregierung spricht jetzt von ‚unverantwortlicher Panikmache' und ‚bewußter Irreführung' der Öffentlichkeit. Wahr ist aber das genaue Gegenteil. Die Praktiken der Geheimhaltung all dessen, was nicht ins Konzept paßt, die Methoden der Täuschung durch gestellte Gutachten und amtliche Schönfärberei, um die Werktätigen unseres Landes über die tatsächliche Gefahr von Atomkraftwerken (...) zu täuschen, gehören schon seit langem zum Arsenal der Bundesregierung, der Landesregierungen, der Behörden und amtlichen Überwachungsorgane."

Harrisburg ruft die Heuchler auf den Plan

Als es im Bundestag um das Atomprogramm der Bundesregierung, insbesondere um den Schnellen Brüter ging, setzte sich die Ministerriege der FDP rigoros über die eigenen Parteitagsbeschlüsse hinweg und stimmte zu. Nun zeigt Innenminister Baum Skepsis und hat sich dadurch einen öffentlichen Rüffel der Kernkraftwerksunion (KWU) eingehandelt. Burkhard Hirsch (FDP), Innenminister in Nordrhein-Westfalen, empfiehlt gar einen Genehmigungsstopp.

Bei der Bonner Abstimmung über das Atomprogramm hielten sämtliche SPD-Abgeordnete Schleswig-Holsteins treu zur Fahne und stimmten **dafür**; was sie aber nicht daran hindert, in Kiel **gegen** das AKW Brokdorf aufzutreten, wofür die Bundesregierung — nach Harrisburg, versteht sich — Verständnis zeigte.



Jan Beyea, Reaktor-Experte der Princeton University:

Ein Unfall ähnlich wie in Harrisburg kann auch in Deutschland passieren

Landesfürst Stoltenberg in Kiel, der sich in Brokdorf als Mann mit eiserner Hand profilierte, als es um die brutale Niederschlagung von Demonstrationen ging, schlägt zur Zeit recht kritische Töne an.

Hamburgs Bürgermeister Klose wiederum, als linkes Aushängeschild der SPD bekannt und auch schon mit kernigen Sprüchen gegen Atomkraftwerke hervorgetreten, setzt sich als Aufsichtsratsmitglied der Hamburger Elektrizitätswerke **für** das AKW in Brokdorf ein.

Da muß man schon fast dankbar sein, daß es außer diesen politischen Chamäleons auch noch solche Politiker gibt, die unverhohlen für das Atomprogramm eintreten. So etwa der CSU-Abgeordnete Probst, der die Bundesregierung aufforderte, sie müsse sich *„unverzüglich klipp und klar"* zum Ausbau der Kernenergie bekennen. Sein Chef, Franz Josef Strauß, äußerte sich gegenüber der „Welt": *„Es gibt kein Ergebnis moderner Technik, das nicht am Anfang mit gewissen Risiken verbunden ist."* Strauß fordert: *„Der Fall Harrisburg muß in verschiedenen Varianten durchgespielt werden."* In Bayern sind schon Merkblätter für den Katastrophenfall im Druck.

Strauß widersprach indirekt mit seinen offenherzigen Äußerungen dem KWU-Chef Barthelt, der einen Fall Harrisburg in der Bundesrepublik für völlig undenkbar hält. Aber gerade zur rechten Zeit machte die Zeitung „Weser Report" eine beklemmende Enthüllung. *„Wegen des andersartigen Notkühlkonzepts ist beim deutschen Druckwasserreaktor kein vergleichbares Containmentsprühsystem* (Containment = Sicherheitsbehälter) *vorgesehen, was sich bei Kernschmelzstörfällen bezüglich der Containmentbelastung und Reduktion der Aktivitätsfreisetzung als ungünstiger erweist."*



Egbert Möcklinghoff, Innenminister von Niedersachsen:

Im Krieg haben wir auch ganze Städte evakuieren müssen. Und das ging

Kommt es in einem deutschen Reaktor zu einer Kernschmelzstörung, so ist es viel schwieriger als in Amerika, die Katastrophe noch aufzuhalten. Und daß die Reaktorkerne gegen Störungen nicht immun sind, zeigt ein Zwischenfall in Esensham, der bis jetzt geheimgehalten wurde; am 23. Dezember 1978 brach dort ein Brennstab.

Der Bund Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat vor kurzem erklärt, daß es lediglich eine Frage der Zeit sei, wann bei uns der erste Super-GAU auftrete, „auch wenn die Wahrscheinlichkeit für eine Katastrophe wie in Harrisburg zehnmal kleiner sein sollte."

Was das propagandistische Hakenschlagen und die angebliche Kehrtwendung einiger Politiker betrifft, so hat auch das einen konkreten Hintergrund. **Nach einer Allensbach-Umfrage waren 1977 lediglich 27 Prozent der Bevölkerung für eine Stillegung sämtlicher AKWs, heute sind es 61 Prozent, und es stehen wichtige Wahlen vor der Tür, beispielsweise in Schleswig-Holstein.**

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Haltung der DKP. Bemerkenswerterweise hat sie sich bis heute nicht — trotz Harrisburg — zu einer klaren Forderung nach Stillegung sämtlicher AKWs durchringen können.

In ihrem Parteiprogramm tritt die DKP *„grundsätzlich für die friedliche Nutzung der Kernenergie"* ein. Wenn die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten garantiert werden könne, befürwortet sie den Bau von AKWs ausdrücklich.

Zu diesem Schachzug ist sie gezwungen, da auch die Ostblockstaaten zur Familie der AKW-Betreiber gehören, allen voran die Sowjetunion. Der Präsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaft läßt wie seine westlichen Kollegen von der KWU verlauten, die Nutzung der Kernenergie sei die umweltfreundlichste Art, Energie zu gewinnen.

Die Moskauer Berichterstattung über Harrisburg ist dementsprechend dürftig. Die sowjetischen Zeitungen werfen den westlichen Journalisten sogar vor, das Problem um Harrisburg unzulässig aufzubauschen, um eine Kampagne gegen die AKWs zu inszenieren.

Die DDR hat ein mindestens genauso straffes Atomprogramm wie Bonn. Bis zur Jahrtausendwende sollen 50 Prozent der Stromerzeugung durch AKWs abgedeckt sein. So sitzt die DKP zwischen zwei Stühlen und hinkt hinter der Anti-AKW-Bewegung her, die unmißverständlich die Stillegung sämtlicher AKWs fordert.



Karl Z. Morgan, Georgia Institute of Technology:

Radioaktive Strahlen führen zu Chromosomen-Schäden, Erbkrankheiten und Krebs

Die westdeutschen AKW-Betreiber werden alles daran setzen, ihr Programm durchzuziehen. Gerade haben sie ihr Atomgeschäft mit Brasilien endgültig unter Dach und Fach gebracht. Trotz heftiger gegenteiliger Beteuerungen sind die Bonner Imperialisten außerdem scharf auf ein Nebenprodukt der AKWs, das Plutonium, um im Falle eines Falles Atombomben herstellen zu können.

Schenken wir den berufsmäßigen Heuchlern und Betrügern keinen Glauben. Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm muß weitergehen!

Resolution von dreißig Dithmarscher Ärzten

Wir sind erschüttert und empört angesichts der bisher schwersten Katastrophe in der Geschichte der Atomkraftwerke. Hatten die Behörden anfangs die ausgetretene Radioaktivität als gering und ungefährlich bezeichnet, so klingt es wie blanker Hohn, wenn die Verantwortlichen betonen, es habe keine Verletzten gegeben.

Als Ärzte wissen wir, daß die bisher ausgetretene Radioaktivität die Rate der Leukämien in den kommenden zehn Jahren und die der anderen zu erwartenden Krebserkrankungen in den nächsten zwanzig bis vierzig Jahren beträchtlich erhöhen wird. Die zukünftigen Generationen werden vermehrt durch Mutation und Erbschäden belastet. (...)

Der Atomreaktor Brunsbüttel hat in der Vergangenheit seine erhöhte Störanfälligkeit häufig bewiesen. Unter dem Eindruck des Katastrophenfalles von Harrisburg wird deutlich, welches Gefahrenpotential jedes Atomkraftwerk bedeutet. Aus Sorge um die Gesundheit der uns anvertrauten Menschen erheben schaft um Unterstützung:

Keine Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel!
Kein AKW in Brokdorf!
Keine Atommülldeponie in Gorleben!
Endgültige Stillegung aller Atomanlagen der Welt!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Löhne auf dem Tiefpunkt — Preise und Gewinne explodieren

Ein Nachschlag ist nötig!

Die Tarifrunde 78/79 ist in den wichtigsten Industriezweigen und im öffentlichen Dienst inzwischen abgeschlossen. Schon im letzten Jahr lagen die Lohnerhöhungen mit durchschnittlich 5,2 Prozent auf dem bis dahin tiefsten Punkt der 70er Jahre. In diesem Jahr aber sieht es sogar noch erheblich schlechter aus: Die Lohn- und Gehaltserhöhungen liegen um ca. ein weiteres Prozent bzw. um ein Fünftel niedriger. Auf der anderen Seite aber steigen die Lebenshaltungskosten viel stärker an, als im Vorjahr.

Lag die Preissteigerungsrate 1978 noch bei 2,6 Prozent, so hat sie inzwischen bereits die 3-Prozent-Marke überschritten. Und nach dem Frühjahrsgutachten der fünf führenden bürgerlichen Wirtschaftsinstitute wird sie, unter anderem bedingt durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Juli, in der zweiten Hälfte dieses Jahres auf 4 Prozent hochschnellen.

Das bedeutet: Die Bruttolohnerhöhungen, die sich leicht über der 4-Prozent-Marke bewegen, werden noch im Laufe dieses Jahres vom Preisauftrieb fast eingeholt, möglicherweise sogar überholt.

Da aber ein Teil der Bruttolohnerhöhung bereits von der Lohnsteuerprogression gefressen wird, bevor der Arbeiter etwas davon sieht, beträgt die wirkliche Lohnerhöhung nur ca. 3,5 Prozent. Von diesen 3,5 Prozent wird die Teuerung bald keinen Pfennig mehr übriglassen. Hinzu kommt noch, daß die Unternehmer drücken, wo es nur möglich ist. Etwa durch Abgruppierungen, durch Streichung übertariflicher Zulagen oder dadurch, daß Beschäftigte entlassen und an ihrer Stelle Arbeitssuchende eingestellt werden, die sich mit weniger Lohn begnügen müssen. Kurz und schlecht: Mit den Lohnerhöhungen der diesjährigen Tarifrunde stehen die Arbeiter und kleinen Angestellten schon jetzt mit einem gesunkenen Realeinkommen da.

Diesem sinkenden Lebensstandard stehen auf der anderen Seite enorme Gewinnsteigerungen der Unternehmer gegenüber. Bereits im zweiten Halbjahr '78 betrug die Steigerung der sogenannten Einkommen aus Unternehmertätigkeit laut Bundesbankbericht netto 16,5 Prozent. Für dieses Jahr sagt das Frühjahrsgutachten nun eine weitere Steigerung um 9,5 Prozent voraus.

Diese 9,5 Prozent, so hoch sie bereits sind, verharmlosen noch die wahren Profitsteigerungen, die in die Tresore der Kapitalisten fließen. Denn das ist ein Durchschnittswert, der auch die Einkommen all der kleinen Selbständigen enthält, die entweder gar nicht oder nur minimal steigen, weil sie mit den großen Profithaien nicht konkurrieren können.

Zudem beziehen sich diese 9,5 Prozent nicht etwa auf die durchschnittliche Einkommenssteigerung des einzelnen Unternehmers, sondern auf die Gesamtsumme der Unternehmereinkommen. Die Zahl der Unternehmer ist jedoch, bedingt durch die Ruinierung vieler Kleinunternehmer, rückläufig.

Trotz dieser Tatsachen haben die Herren Wirtschaftswissenschaftler die Stirn, gegenüber den Arbeitern und Angestellten mahnend den Zeigefinger zu schwingen und die Einhaltung des — wie sie sagen — „maßvollen Kurses in der Lohnpolitik" zu fordern. Andernfalls — so die Wirtschaftsforscher — sei die „Ausweitung der Beschäftigung" in Gefahr.

Aber was heißt hier eigentlich „Ausweitung der Beschäftigung"? Tatsache ist doch, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht geringer geworden ist, obwohl die Unternehmer Rekordprofite scheffeln. Das Jahresgutachten selbst erwartet einen Rückgang der amtlichen Arbeitslosenquote von 4,3 auf 4 Prozent bzw. einen Rückgang der Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen auf 900.000. Da aber die Zahl der nicht registrierten Arbeitslosen ständig im Wachsen ist, kann von einer tatsächlichen Verringerung des Arbeitslosenheeres nicht die Rede sein.

Während die Kapitalisten die Preise treiben, während sie enorme Profite scheffeln und ohne Abstriche weiter Arbeitsplätze vernichten, sollen die Arbeiter sich mit einem sinkenden Lebensstandard abfinden und mit ihren Lohnforderungen „maßvoll" bleiben. Die Gewerkschaftsbonzen haben den Kapitalisten und ihren politischen Sachverwaltern in Bonn geholfen, den Arbeitern und Angestellten diese saubere Art von „wirtschaftlicher Vernunft" aufzuzwingen.

Allerdings: Es wäre nicht das erste Mal, daß nach einer gelaufenen Tarifrunde der Lohnkampf erst richtig losgeht. Denken wir an die September streiks, an die Streiks der Chemiearbeiter 1971 oder an den Sommer '73, wo sich viele Belegschaften einen Nachschlag holten!



Die streikenden Ford-Arbeiter fordern 1 Mark mehr für alle. Im Sommer 1973 holten sich viele Belegschaften einen Nachschlag, nachdem die Tariferhöhungen hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben waren.

Der Abschluß bei den Manteltarifverhandlungen in der Druckindustrie

1. Freischichten

Alle, die in Wechsel- oder Nachtschicht arbeiten, sowohl Zwei- als auch Dreischichter, nicht aber die, die nur in Spätschicht arbeiten, erhalten ab 1.1.1980 jährlich zwei Freischichten. Ab 1982 werden die Freischichten auf drei erhöht.

Alle Kollegen ab 58 Jahre erhalten ab 1.1.1980 jährlich einen freien Tag, ab 1.1.1982 dann zwei freie Tage.

Die Bezahlung für die freien Tage und Freischichten erfolgt gemäß der Durchschnittsberechnung der Urlaubstage.

2. Fünftagewoche

Alle Betriebsvereinbarungen, die noch sechs Wochentage beinhalten, werden bis Ende 1982 außer Kraft gesetzt.

3. Urlaub

Die mindestens 18jährigen erhalten in diesem Jahr 22 Tage Urlaub und dann bis 1983 jeweils zwei Tage mehr, so daß sie bis dahin 30 Urlaubstage erhalten.

Die mindestens 24jährigen erhalten dieses Jahr 25 Urlaubstage und dann bis 1982 jeweils zwei Tage mehr, so daß sie bis dahin auf 30 Tage kommen.

Die mindestens 27jährigen erhalten dieses Jahr 26 Tage und dann bis 1981 jeweils zwei Tage mehr.

Die mindestens 30jährigen erhalten dieses Jahr 27 Tage, nächstes Jahr 29 und 1981 dann 30 Tage.

Die mindestens 32jährigen erhalten dieses Jahr 29 und nächstes Jahr 30 Tage.

Alle, die über 35 Jahre alt sind, erhalten ab diesem Jahr 30 Tage, sofern sie sie nicht bereits haben.

4. Laufzeit

Die Laufzeit des neuen Manteltarifvertrags geht bis Ende 1983

Banken: Trotz großer Kampfbereitschaft nur 4,5 Prozent



Essener Bankangestellte protestieren auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft HBV gegen das provokatorische 3,8-Prozent-Angebot der Unternehmer.

Mit einer Serie von Warnstreiks in Frankfurt, München, Hannover und Westberlin stellten die Bankangestellten ihre Kampfbereitschaft unter Beweis. Die Führung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen jedoch war nicht gewillt, die Kampfkraft der Kollegen ins Feld zu führen, um einen annehmbaren Tarifabschluß zu erzwingen. Die 4,5 Prozent, die sie für die Beschäftigten des privaten Bankgewerbes sowie für die Versicherungsangestellten vereinbarten, sind zu niedrig, um den Lebensstandard der Kollegen gegenüber der marschierenden Teuerung in diesem Jahr abzusichern. Dieser Abschluß ist um so empörender, als die Banken und Versicherungen gegenwärtig sagenhafte Profite scheffeln (siehe untenstehenden Bericht).

Essen: Die Tarifverhandlung im Steinkohlebergbau an der Ruhr führten bis jetzt noch zu keinem Ergebnis. Die Führer der IG Bergbau und Energie fordern 6 Prozent mehr Lohn, die stufenweise Einführung des Sechswochenurlaubs für alle sowie drei Tage zusätzlichen Urlaub für die Untertagebeschäftigten.

Auch in der Bekleidungsindustrie laufen Tarifverhandlungen. Nach einem ersten Treffen sind sie auf den 26. April vertagt worden. Die Führung der Gewerkschaft Textil und Bekleidung fordert für die 270.000 Beschäftigten 6,2 Prozent mehr Lohn und die stufenweise Einführung des Sechswochenurlaubs. Außerdem geht es darum, endlich einen neuen Manteltarifvertrag abzuschließen. Der Manteltarifvertrag für die Textilindustrie ist bereits seit 19 Jahren (!) gekündigt.

Monopolkapitalisten scheffeln Milliardenprofite

In den letzten beiden Lohnrunden wurden die Arbeiter und kleinen Angestellten mit den niedrigsten Tariferhöhungen dieses Jahrzehnts abgespeist. Zugleich aber scheffeln die Monopolkapitalisten Rekordprofite. Wie ihre Gewinne im vergangenen Jahr gestiegen sind, machen die folgenden Beispiele deutlich.

Banken und Versicherungen

Die drei Monopolbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank zahlen ihren Aktionären einschließlich Steuergutschrift je 28 Prozent Dividende. Diese Superdividenden sind klarer Beweis für riesige Profite, die die Finanzhaie einstreichen.

Die **Dresdner Bank** erzielte sogar den zweithöchsten Gewinn ihrer Geschichte. Die Bilanzsumme stieg im Inland um 14 Prozent auf 111 Milliarden Mark (in Worten: einhundertelf!). Mit Ausland betrug die Bilanzsumme sogar 137 Milliarden Mark. Der Jahresüberschuß stieg um 20 Prozent!

Die **Deutsche Bank** meldet ein um 17,6 Prozent auf 146 Milliarden Mark gestiegenes Bilanzvolumen für den Gesamtkonzern.

Die **Commerzbank** verzeichnete im ersten Halbjahr '78 eine Gewinnsteigerung von 20 Prozent.

Verschiedene Hypothekenbanken schütten wahre Superdividenden aus: So die Frankfurter Hypothekenbank 34 Prozent und die Hamburger Hypothekenbank 30 Prozent. Die KKB (eine der größten Kleinkreditbanken) zahlt 31 Prozent Dividende, das ist eine Ausschüttung von über 14 Millionen Mark (jeweils einschließlich Steuergutschrift).

Bei den westdeutschen **Lebensversicherungen** stieg die Versicherungssumme insgesamt um 12,4 Prozent an. Die Beitragseinnahmen betrugen insgesamt rund 23 Milliarden Mark und waren damit doppelt so hoch wie vor sechs Jahren.

Bei der **Allianz** stieg der Rohüberschuß 1978 zum ersten Mal auf über eine Milliarde Mark. Welche ungeheuren Gewinne Allianz angehäuft hat, zeigen ihre Kapitalanlagen, die die Allianz 1978 um netto 2,4 Milliarden Mark auf nunmehr über 21 Milliarden Mark aufstocken konnte. Die Erträge aus diesen Kapitaleinlagen im Jahr 1978 betrugen 1,64 Milliarden Mark gegenüber 1,49 Milliarden im Vorjahr.

Industrieunternehmen

Siemens konnte im Geschäftsjahr 77/78 seinen Umsatz um rund vier Milliarden Mark bzw. 15,1 Prozent auf mehr als 29 Milliarden Mark steigern. Der Jahresüberschuß wird mit 721 Millionen Mark gegenüber 650 Millionen im Vorjahr angegeben. Der Bruttogewinn dürfte bei über drei Milliarden Mark liegen und gegenüber dem Vorjahr um mehr als 18 Prozent gestiegen sein. Auf der anderen Seite konnte der Konzern die Personalkosten um 1,6 Milliarden Mark bzw. 3,9 Prozent senken. Die Bardividende, die Siemens ausschüttet, liegt bei 16 Prozent. Einschließlich Steuergutschrift erhalten die Siemensaktionäre 25 Prozent Dividende. Der Konzern hat zur Zeit 10 Milliarden Mark an flüssigen Mitteln aufgehäuft, für die er besonders profitträchtige Anlagemöglichkeiten sucht.

Thyssen

Weltweit steigerte Thyssen 1978 seinen Außenumsatz um fast 12 Prozent auf 23,5 Milliarden Mark. Der in der Bilanz ausgewiesene Bruttogewinn beträgt 355 Millionen Mark. Der reale Profit des Thyssenkonzerns jedoch dürfte bei ca. 1,5 Milliarden Mark liegen.

Hoechst

Der Weltumsatz stieg um 3,7 Prozent auf 20,15 Milliarden Mark. Der offiziell ausgewiesene Bruttogewinn beläuft sich allein bei der Muttergesellschaft des Konzerns auf 711 Millionen Mark. Der Gewinn des Gesamtkonzerns für 1978 ist gegenwärtig noch nicht bekannt.

Bayer

Der Weltumsatz ist um 6,8 Prozent auf 22,8 Milliarden Mark angestiegen. Der in der Bilanz ausgewiesene Bruttogewinn beträgt sage und schreibe 1,2 Milliarden Mark. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 13,2 Prozent. Allein die Muttergesellschaft weist in ihrer Bilanz einen Gewinn von 776 Millionen Mark aus. In den nächsten Jahren plant der Chemiegigant allein in den USA Investitionen von rund einer Milliarde Dollar. Gegenwärtig beträgt der Umsatz der Bayer-Unternehmen in den USA 2,1 Milliarden Dollar.

Volkswagenwerke

Für 1978 liegt noch kein Ergebnis vor. Aber trotzdem steht schon fest, daß VW wieder märchenhafte Gewinne kassiert hat. Bereits für 1976, also nicht allzu lange nach den Massenentlassungen, meldete der Konzern einen ausgewiesenen Reingewinn von einer Milliarde Mark! Bei einem Umsatz von 21,4 Milliarden Mark kommt man allerdings der Wahrheit näher, wenn man von ca. 2,5 Milliarden Mark Profit für 1976 ausgeht. Ein Jahr später meldete VW in seiner Bilanz nur noch 419 Millionen Mark Reingewinn. Da jedoch der Umsatz um 12,7 Prozent auf 24,15 Milliarden Mark angewachsen war, muß der reale Profit in Wirklichkeit noch höher als im Vorjahr angesetzt werden. Der Boom in der Automobilbranche hat sich bei VW mit Sicherheit in einer weiteren Steigerung des Gewinns für 1978 niedergeschlagen. Der Umsatz ist nach Schätzungen auf 26 Milliarden Mark angestiegen. Sechs Milliarden Mark flüssiges Geld hat VW in den letzten Jahren aufgehäuft, für die seit längerem nach Anlagemöglichkeiten gesucht wird, die Höchstprofite erwarten lassen. Vor kurzem konnten die VW-Bosse nun eine knappe halbe Milliarde davon an den Mann bringen. Sie kauften die Aktienmehrheit der Schreibmaschinenfirma Triumph-Adler.

Deutsche Bundespost

Die Deutsche Bundespost verzeichnet für das vergangene Jahr einen Gewinn von über 2 Milliarden Mark.

Degab-Prognose: Auch für 1979 kräftige Gewinnsteigerungen

Nach der Prognose der Degab (Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung) können die Kapitalisten auch für dieses Jahr hohe Steigerungsraten bei den Gewinnen erwarten. Insgesamt soll der Gewinnauftrieb 10 Prozent ausmachen. Für die verschiedenen Einzelbereiche der Wirtschaft macht die Degab folgende Voraussagen:

Chemieindustrie:	+ 16 Prozent	Energieversorgung	+ 13 Prozent
Kaufhauskonzerne:	+ 25 Prozent	Autoindustrie	+ 7 Prozent
Bau und Baustoffe:	+ 14 Prozent	Maschinenbau:	+ 9 Prozent
Konsumgüterproduktion	+ 15 Prozent	Elektroindustrie:	+ 6 Prozent

KWU-Westberlin plant Massenentlassungen

Wenn wir fest zusammenstehn, brauchen wir nicht stempeln gehn!

RGO greift ein

Seit Anfang des Jahres wurden bei KWU-Westberlin über 100 Kollegen entlassen. Im März unterrichtete der Betriebsrat die Kollegen in einem Rundschreiben, daß er durch eine bevorstehende Sanierung Entlassungen befürchte. „Trotz wiederholter eindringlicher Befragung wurden für das Werk Berlin keine Zahlen genannt. Vermutungen über Massenentlassungen wurden weder bestätigt noch dementiert", heißt es in dem Schreiben. Ende März veröffentlichte die Betriebsgruppe der RGO ein Flugblatt.

„1. Nach den Plänen der Bosse werden 10 Prozent aller KWU-Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.
2. Die ‚Turbine' wird von den Sanierungsmaßnahmen zuerst und am härtesten betroffen. Nicht umsonst weigerte sich der Vorstand bisher, für den Standort Berlin eine konkrete Zahl zu nennen. Es ist von einer deutlich dreistelligen Zahl die Rede.
3. Mindestens 25 Prozent der Fertigungskapazität sollen abgebaut werden.
4. Die Gasturbinenproduktion wird weiter eingeschränkt und die Produktion von Reaktorkomponenten wird vielleicht ganz aus Berlin abgezogen.
5. Alle verbleibenden Bereiche sollen durchrationalisiert werden! Ganze Gebäude werden abgerissen.
6. Etwa 800 Kollegen (eine deutlich dreistellige Zahl) würden dadurch den Arbeitsplatz verlieren. Jeder dritte Arbeitsplatz ist in Gefahr."

Stillegung nicht ausgeschlossen!

„Die Herren vom Vorstand haben sich geschickt ein Hintertürchen offengelassen, das ihnen jederzeit die Möglichkeit läßt, der ‚Turbine' den Todesstoß zu versetzen. Die geplanten Maßnahmen zur Vernichtung von 800 Arbeitsplätzen kosten etliche Millionen. Wenn Siemens diese Investitionen nicht genehmigt, weil kein Profit dabei herausspringt, dann wird dichtgemacht.

Soweit die bisher bekannten (!!) *Tatsachen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre lehrt uns, daß die Gefahr für unsere Arbeitsplätze immer heruntergespielt und verharmlost wird. Wir wurden angelogen, oder wichtige Tatsachen wurden verschwiegen. Die Wirklichkeit war in jedem Fall schlimmer als das, was von der Geschäftsleitung eingestanden wurde.*

***Ziel dieser Taktik ist es, uns bis zur letzten Minute auszubeuten, uns ruhig zu halten und Protestaktionen und Streiks um jeden Preis zu verhindern.** Die Unternehmer wissen genau, daß wir, wenn wir gemeinsam handeln, Teilstillegungen und Betriebsschließungen teilweise verhindern und verzögern können, daß wir die Folgen für uns mildern können. Zumindest kommen die Unternehmer nicht ungeschoren davon.* [. . .]

Wir selbst mußten der Geschäftsleitung durch eine solidarische gewerkschaftliche Kampfaktion im Herbst 1977 klarmachen, daß wir keine Lohnkürzung hinnehmen. Der Marsch durch den Betrieb hatte Erfolg."

Weiter geht die RGO darauf ein, wie die Geschäftsleitung versucht, einen Sozialplan zu umgehen. Kollegen werden zum Unterschreiben von Abfindungsverträgen „überredet". Monat für Monat werden Kollegen knapp unterhalb der anmeldungspflichtigen Massenentlassungsgrenze gefeuert.

Eine Mehrheit im Betriebsrat tritt ebenfalls gegen einen Sozialplan auf, weil nach ihrer Meinung über Abfindungen mehr zu machen ist. Die RGO dazu:

„Sie haben dabei vergessen, daß sie als Betriebsräte für 2.100 Kollegen da sind und nicht nur für 40 bis 60, die möglicherweise ein paar hundert Mark mehr bekommen haben. Außerdem macht die RGO darauf aufmerksam, daß ein Betriebsrat alleine auch nichts gegen Massenentlassungen machen kann.

Die RGO-Gruppe bei KWU fordert:
— Wir wollen die geplante Vernichtung von Arbeitsplätzen verhindern!
— Wir wollen verhindern, daß Siemens die ‚Turbine' stillegt!
— Wir wollen, daß für die Kollegen, deren Entlassung wir nicht verhindern können, ein Sozialplan auf den Tisch kommt, der sich sehen lassen kann!"

Abschließend äußert sich die RGO zur Rolle der Gewerkschaft: *„Der Kampf um die Erhaltung unserer Arbeitsplätze ist ein gewerkschaftlicher Kampf. Dazu brauchen wir die besten Kollegen als Vertrauensleute. Dazu brauchen wir auch eine Vertrauenskörperleitung, die sich nicht hinter Teskes* (ein Betriebsratsbonze, RM) *Rockzipfel versteckt. 120 Kollegen entlassen, ohne daß die gewerkschaftlichen Gremien überhaupt in Aktion getreten sind, das ist ein Triumph für die Bosse. Wir, die Mitglieder, sind die Gewerkschaft. Wir müssen aktiv werden, wir müssen unsere organisierte Kraft entfalten. Was nützen dem Igel seine Stacheln, wenn er sie bei Gefahr nicht aufstellt?"*

Öffentlichkeitsarbeit der KWU

Um die völlige Ungefährlichkeit der Atomenergie öffentlich zu beweisen, haben die KWU-Vorstandsmitglieder beschlossen, je ein Tausendstel Gramm Plutonium zu inhalieren. Für die Fortsetzung dieser Öffentlichkeitsarbeit werden an allen Standorten noch Freiwillige aus gehobener Stellung gesucht.

Man würde sich freuen, wenn auch diejenigen Betriebsräte, die sich bisher so eifrig für die Interessen der Atommonopole bei Parteien, Kirchen und Gewerkschaften eingesetzt haben, den Mut aufbringen, sich an der Schluckaktion zu beteiligen.

Damit können viele Hindernisse bei der Sicherung unserer Arbeitsplätze mit einem Schlag beseitigt werden.

gez. Dr. P. Zynismus.

(Zitiert aus: Rote Turbine, Betriebszeitung der KPD/ML bei KWU Westberlin).

Rationalisierungswelle im Stahlbereich rollt weiter

Der Thyssen-Konzern wartet für die Zukunft mit einem großen Programm auf. Der Abbau von 1.000 Arbeitsplätzen in der Hattinger Henrichshütte ist vorgesehen; Thyssen-Niederrhein in Duisburg-Hochfeld plant Stillegungen, in Oberhausen soll der gesamte Hochofenbereich der Rationalisierung zum Opfer fallen.

Auch die Angestellten des Thyssen-Konzerns werden durch die Einführung neuer Computersysteme die Rationalisierung in ihrer ganzen Härte zu spüren bekommen. Verschiedene Prognosen gehen davon aus, daß in den achtziger Jahren jeder zweite Arbeitsplatz in Büro und Verwaltung überflüssig wird. Durch die Einführung von Zentralwerkstätten wird im Handwerksbereich gesiebt.

Nachdem in den Dortmunder Hoesch-Betrieben im Februar noch von einem neuen Oxygen-Stahlwerk mit zwei 100-Tonnen-Konvertern und einer neuen hochmodernen Stranggußanlage die Rede war, erklärt Vorstandsvize Rohwedder, ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: Ein neues Oxygen-Stahlwerk sei zumindest mittelfristig nicht finanzierbar.

Die „Stählerne Faust", Betriebszeitung der KPD/ML für die Dortmunder Hoesch-Betriebe schreibt: *„Auf den Hüttenwerken in Dortmund wird so gut wie gar nicht mehr investiert, die Projektierung notwendiger Ersatzinvestitionen in Dortmund wird offenbar auf die lange Bank geschoben, während Investitionen auf andere Bereiche, u.a. in Ijmuiden konzentriert werden."*

Abschließend fordert die „Stählerne Faust" für den Stahlbereich:
- **„Keine Betriebsschließung ohne entsprechenden Ersatz, ohne vollständige Absicherung der Arbeitsplätze!**
- **Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre bei sofortiger Zahlung der vollen Rente; Finanzierung der vorgezogenen Rente durch die Stahlkonzerne!**
- **Die Unternehmer glauben, sie hätten jetzt nach dem Tarifvertrag fünf Jahre freie Hand; dagegen: Tarifvertrag hin — und Tarifvertrag her — die Forderung nach 35-Stunden-Woche bleibt auf dem Tisch!"**

Karlsruhe erklärt Abwahl eines Personalrats für verfassungswidrig

Ein Bremer Amtmann, Mitglied des Personalrats, glaubte, bei einem Kollegen eine Schnapsfahne bemerkt zu haben. Als „pflichtbewußter" Beamter veranlaßte er umgehend eine Untersuchung. Sie verlief negativ. Prompt wurde er von den übrigen Bediensteten des Amtes abgewählt. Er hatte das Vertrauen seiner Kollegen verloren.

Rechtlich basiert die ganze Prozedur auf dem Personalvertretungsgesetz der Freien Hansestadt Bremen. Das Gesetz enthält einen durchaus fortschrittlichen Passus. Auf Antrag eines Viertels der Wahlberechtigten oder einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft kann das Personalratsmitglied auf einer Personalversammlung in geheimer Abstimmung mit absoluter Mehrheit der Wahlberechtigten abgelöst werden.

Dagegen klagte der Amtmann in Karlsruhe und erhielt recht. Das Verfassungsgericht erklärte den entsprechenden Bremer Passus für nichtig. Interessant und aufschlußreich ist die höchstrichterliche Begründung. **Der entsprechende Passus sei Ausdruck des Rätegedankens und mit dem Bundesrecht unvereinbar.**

Vetter reist nach Peking

Nachdem die Pekinger Führung in der letzten Zeit aller Welt offen vor Augen geführt hat, daß China mit massiver ausländischer Unterstützung den Kapitalismus mit Volldampf restauriert, nachdem durch den Überfall auf das vietnamesische Volk für jedermann ersichtlich ist, daß China in den Kreis der imperialistischen Supermächte drängt, ist Peking auch für die westdeutschen DGB-Bonzen eine Reise wert.

Hatten sie sich früher eher zurückhaltend gegenüber China verhalten, so scheinen heute alle Bedenken verflogen zu sein.

Zur Zeit weilt eine Delegation des DGB mit Vorsitzenden Vetter als Leiter auf Einladung des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes für zehn Tage im Reich der Mitte. Der DGB hat die Ehre, die erste westeuropäische Gewerkschaftsdelegation zu sein, die chinesischen Boden betritt.

Unternehmer jammern über verlustreichstes Streikjahr

1978 fielen in Westdeutschland 5,8 Millionen Arbeitstage durch Arbeitskämpfe aus. Das sind mehr als doppelt soviel wie 1971 (2,6 Millionen); dieses Jahr war bis dahin das Jahr mit den meisten Arbeitskämpfen. Die Kapitalisten, die diese „großen Verluste" bejammern, sollten jedoch besser ruhig sein, denn ein gerüttelt Maß an verlorenen Arbeitstagen geht nicht etwa auf Streiks zurück, sondern auf die brutale Flächenaussperrung, mit der die Unternehmer die Gewerkschaftsbewegung in die Knie zwingen wollen.

Verglichen mit anderen europäischen Ländern nimmt sich aber das Rekordjahr noch vergleichsweise bescheiden aus. Italien verlor in der Zeit von 1969 bis 1976 jahresdurchschnittlich 22,7 Millionen Arbeitstage.

Streik ist Notwehr – Aussperrung ist Terror

Arbeiterkorrespondenz aus Stuttgart

Als Auftakt einer Kampagne des Landesbezirks Baden-Württemberg des DGB gegen die Aussperrung kamen am Samstag, den 7. April in Stuttgart 6.000 Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter und aktive Kollegen aus allen DGB-Gewerkschaften Baden-Württembergs zu einer Kundgebung zusammen. Die Kundgebung war eine beeindruckende Demonstration der Kraft der Gewerkschaftsbewegung in Baden-Württemberg.

Die Kollegen waren zum Teil in Bussen von Entfernungen über 200 Kilometer angereist gekommen, Textilarbeiter aus der Alb, Automobilarbeiter aus Stuttgart, Drucker usw. Besonderen Eindruck machte, daß manche Betriebe geschlossen mit Transparenten in den Saal einmarschierten.

Es wurden Transparente mitgeführt wie u.a. ***„Wir Micheliner fordern uneingeschränktes Streikrecht."*** (Bei Michelin in Karlsruhe hatte im letzten Jahr ein spontaner Streik stattgefunden). Ein anderes: ***„Wer aussperrt, gehört enteignet." „Streik ist Notwehr, Aussperrung ist Terror!"***

Die Redner, vor allem DGB-Landesvorsitzender Zimmermann und IGM-Chef Loderer lösten an den Stellen ihrer Reden tosenden Beifall und Jubel aus, wo sie sich mit radikalen Äußerungen gegen Kapitalismus und Faschismus profilierten. Gerade Loderer hatte das nach seinem schändlichen Verrat im Stahlarbeiterstreik auch bitter nötig. Den Höhepunkt bildete Loderers Wiederholung seines Ausspruchs vom letzten Gewerkschaftstag. *„Der Kapitalismus hat nie seinen Frieden mit den arbeitenden Menschen gemacht, darum können auch wir nie unseren Frieden mit dem Kapitalismus machen."* **Die Kollegen werden die Gewerkschaftsführung in dieser Hinsicht sicher eines Tages beim Wort nehmen.**

Zur Aussperrung widerlegte die Gewerkschaftsführung zwar ausführlich die Kapitalistenlüge von der Waffengleichheit, aber wer aus ihrem Munde die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erwartet hatte, sah sich getäuscht. Um ja die Regierungskoalition nicht in Schwierigkeiten zu bringen, soll nicht der Bundestag ein Verbot der Aussperrung aussprechen, sondern das Bundesarbeitsgericht.

Gerade die kämpferischsten Kollegen, die als Metaller oder Drucker im letzten Jahr ohne gewerkschaftliche Rückendeckung von der Aussperrung betroffen waren, haben sich von der DGB-Kampagne den endlich fälligen Beginn einer innergewerkschaftlichen Diskussion über die zu ergreifende Taktik erwartet.

Einzig und allein die RGO griff in Flugblättern die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung auf und legte den Kollegen ein Aktionsprogramm im Kampf gegen den Aussperrungsterror der Kapitalisten vor.

Warnstreik gegen Kaufhausschließung

Hannover. Für Ende Juni ist die Schließung des zum Hertiekonzern gehörenden Wertheim-Einrichtungshauses in Hannover angekündigt. 400 Arbeitsplätze würden dadurch vernichtet. In der vergangenen Woche kam es zu einer Aktion der Belegschaft gegen die Schließung. 200 Kollegen protestierten gegen die Schließung mit einer Demonstration durch die Innenstadt Hannovers und mit einem anschließenden einstündigen Warnstreik. Das Kaufhaus war erst im September 1976 eröffnet worden. Die Zahl der Beschäftigten ist seitdem von ursprünglich mehr als 1.000 auf rund 400 verringert worden.

Traurige Bilanz

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie und im Baugewerbe der Bundesrepublik ist von 1974 bis 1978 um knapp 1,5 Millionen gesunken.

Explosionskatastrophe in Schleiferei aufgeklärt

Velbert. Wie wir im letzten „Roten Morgen" berichtet haben, wurden bei einer schweren Aluminiumstaubexplosion in Velbert sieben Arbeiter getötet. Inzwischen haben Untersuchungen zur Aufklärung der Ursachen der Katastrophe geführt. Ein Ventil, das die automatische Wasserzufuhr in den sogenannten Naßentstaubern regeln sollte, erwies sich als total verkrustet, so daß der Entstauber trockenlief. Dieser Fall ist typisch für die verbrecherische Mißachtung der Sicherheitserfordernisse in den Betrieben. Nur der Profit zählt, die Sicherheit der Arbeiter steht dahinter zurück.

Solidaritätsstreik

In der Firma Himmelwerk Tübingen haben vor kurzem fast 100 Kollegen für eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. Sie führten diesen Streik aus Solidarität mit ihren französischen Kollegen der Firma Bauknecht in St. Avold-Valmont durch. Die Arbeiter von Bauknecht -Valmont stehen seit über einem Monat im Streik und halten das Werk besetzt. Himmelwerk in Tübingen gehört ebenfalls zum Bauknecht-Konzern. Das Werk von Bauknecht in St. Avold-Valmont wurde erst vor zwei Jahren eröffnet. St. Avold-Valmont liegt in Lothringen, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist. Die Bauknecht-Kapitalisten haben für die Eröffnung des Werkes fette Staatssubventionen erhalten. Den Arbeitern zahlen sie einen Hungerlohn. Die Kollegen müssen für ca. 1 000 Mark im Monat arbeiten. Mit ihrem Streik wollen sie eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen und einen Schutz vor Abgruppierungen durchsetzen. Außerdem fordern sie die fristlose Entlassung des Direktors. Um mit dem Streik fertigzuwerden, haben die Bauknecht-Bosse schon vorher Kühlschränke auf Vorrat produziert und seit über einem Jahr im Tübinger Himmelwerk einlagern lassen (Bericht über den Streik bei Bauknecht-Valmont siehe Seite 10).

Die Untersuchung

(Beitrag aus dem Erzählwettbewerb „Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML")

Walter Föhse betrat das Amt für Verfassungsschutz. Hier war sein Arbeitsplatz. Im zweiten Stock teilte er einen 3,50 Meter langen und 4,20 Meter breiten Raum mit seinem Kollegen Gries. Das Amt war in einer ehemals hochherrschaftlichen Villa untergebracht und wenn Walter Föhse die Treppen hinaufstieg und dabei auf die imposante Eingangshalle hinabsah über der wie ein fettes Juwel der Kronleuchter hing, kam er sich jedesmal vor wie ein Diener.

Auf seinem Schreibtisch lag eine geöffnete Plastikdose mit noch eingepackten Frühstücksbroten. Daneben das abgerissene Titelblatt einer Zeitung von vorgestern. „Wurde Schleyer im Untergrund operiert?" lautete die fettgedruckte Schlagzeile. Föhse setzte sich, legte den Kopf in beide Hände und schien zu dösen. In Wirklichkeit aber konzentrierte er seine Gedanken auf Dr. Landwehr, genauer gesagt auf den Arzt und die Ärztin Landwehr, die eine Praxis in der Lindenau betrieben. Er war nicht etwa krank, wenngleich er in letzter Zeit auch unter seiner schmerzhaften rechten Großzehe litt, wenn er längere Zeit unterwegs war. Nein, der Gedanke an die Landwehrs war dienstlicher Natur. Es handelte sich hier um kommunistische Ärzte und er, Walter Föhse, war beauftragt, herauszufinden, was die Kommunisten mit dieser Arztpraxis mitten in der Werftarbeitersiedlung im Schilde führten.

„Haben Sie einen Krankenschein dabei?"

„Haben Sie einen Krankenschein dabei?" Die Stimme klang freundlich, war aber nicht ohne Strenge. Die Frage traf den Verfassungsschutzbeamten unvermittelt und erschütterte sein inneres Gleichgewicht. Er hatte sich so gut vorbereitet, wußte genau, welche Beschwerden er angeben wollte, hatte sogar mit einem Kollegen bei der Kripo telefoniert, der vor längerer Zeit einmal bei Landwehr in Behandlung gewesen war. Deshalb wußte er auch, daß das Mädchen vor ihm im weißen Kittel Tanja Sorge hieß und im Spielmannszug der Kommunisten die Flöte blies. Er war auf allerhand gefaßt gewesen, mißtrauische Blicke, genaue Befragung zur Person, ja, er hätte sich sogar mit verschiedenen Identitäten ausweisen können. Aber einen Krankenschein? Verflucht nochmal, daran hatte er nicht gedacht.

„Ich habe keinen dabei", stammelte er unbeholfen, kleine Schweißperlen bildeten sich auf seiner Stirn.

„Gut, bringen Sie ihn zur nächsten Behandlung mit", sagte Tanja Sorge ohne jeden Vorwurf in der Stimme. „Diese Sachlichkeit war gut gespielt", dachte Föhse, als er zum Wartezimmer trottete. Ob sie ihn erkännt hatte? Während er sich zwischen zwei Frauen zwängte und dabei mit einem mehr prüfenden als interessiertem Blick das außerordentlich moderne und ansprechende Wartezimmermobiliar musterte, sah er durch die angelehnte Wartezimmertür, wie Tanja Sorge die Treppe hinauflief.

Sie gibt die Meldung weiter, dachte er resigniert. Er fühlte sich entsetzlich unwohl und griff automatisch in die Tasche und holte eine Schachtel Zigaretten heraus. Giftige Blicke trafen ihn von beiden Seiten. Föhse steckte die Schachtel wieder in seine Jackentasche, verschränkte die Arme und zog die Schultern hoch.

„Ist Ihnen kalt?" fragte plötzlich seine Nachbarin zur rechten, eine rotwangige, gut gerundete junge Frau. Bevor er antworten konnte, merkte er, wie die Wartende links neben ihm von ihm wegrückte und feststellte: „Bestimmt haben Sie Grippe!"

„Nein, nein. Ich bin hier wegen Kopfschmerzen", erwiderte er und versuchte dabei zu lächeln. Er wandte sich nach beiden Seiten und schlug die Beine übereinander. Er saß jetzt bequemer. Fast alle im Wartezimmer Versammelten schauten neugierig zu ihm herüber, einige musterten ihn geradezu aufdringlich.

Er fröstelte jetzt etwas. Bildete er sich das ein oder waren die Leute hier — augenscheinlich alle Patienten — tatsächlich so selbstbewußt. Warum stierten sie ihn an? So etwas war ihm bei Observationen noch nie passiert. Da lag der „Rote Morgen" auf dem Tisch, frech und provozierend, niemand schien sich daran zu stören. Es waren sogar mehrere Exemplare vorhanden und zwei Jugendliche lasen darin. Die Dicke neben ihm blätterte interessiert in einer albanischen Zeitschrift. Das ärgert ihn, denn sie sah so verdammt normal aus, nicht einmal eine Atomgegnerplakette konnte er an ihr entdecken. Er reckte den Hals, fast unmerklich, und späte über den Zeitungsrand. Tatsächlich, es war ein Bild vom Albanienführer Hoxha, das sie seit zwei Minuten anstarrte. Jetzt lehnte sie sich zu einem hageren, etwa sechzigjährigen Mann hinüber und hielt ihm das Bild vor die Nase. Der lächelte und sagte leise „Findest Du?"

Föhse griff sich ein zerlesenes Exemplar der Zeitschrift "Eltern" und lehnte sich zurück. Über die halbgesenkte Illustrierte ließ er seinen Blick wieder durch den Raum wandern. Da blieb plötzlich sein Blick an einer Zeichnung hängen, die — obwohl einfach schwarzweiß — ihm grell ins Auge stach. Sie zeigte einen Mann mit Bärtchen und verkniffener Miene, der — sich vorsichtig nach hinten umsehend — einen Briefumschlag in den Briefkasten einer Polizeiwache schob. Darunter stand in großen Druckbuchstaben „Der größte Lump im ganzen Land — ist und bleibt der Denunziant."

Nun hatte er genug. Wütend schmiß er die Zeitung auf den runden Tisch in der Mitte des Wartezimmers, sank in sich zusammen und schloß die Augen.

„Herr Föhse, bitte in den ersten Stock"

Fr wußte nicht, wie lange er gedöst hatte, als plötzlich eine Mikrofonstimme ertönte: „Herr Föhse, bitte in den ersten Stock!"

Er nutzte den kurzen Weg vom Wartezimmer zur Treppe, um sich umzusehen. Zweimal lief er absichtlich in die falsche Richtung, konnte in der Eile aber nichts Auffälliges entdecken. Alles sah aus wie in anderen Arztpraxen auch. Oben angelangt, mußte er noch einen Augenblick vor dem Sprechzimmer Platz nehmen. Dann trat er ein, ohne Nervosität. Schließlich hatte er sich alles gut zurechtgelegt.

Im ersten Moment war er überrascht. Dieser freundliche helle Raum. Die netten Bilder an den Wänden, ganz anders als im Wartezimmer. Und die große Zimmerpalme am Fenster, deren Blätter fast auf den Schreibtisch fielen. Föhse war platt.

„Herr Föhse! Nehmen Sie Platz!" Die Stimme Dr. Landwehrs klang freundschaftlich. Föhse wurde augenblick im Inneren wieder dienstlich. Er hörte im Geist die Stimme des Lehrgangsleiters in Brake: „Aber das ist es ja gerade. Ihr Aussehen ist vorbildlich, keine Bärte, keine langen Haare. Sie sind freundlich, sachlich, haben gute Manieren. Aber das ist es ja gerade . . ."

Dr. Landwehr sah jung aus, sein Gesicht war schmal, die Wangen etwas eingefallen, offensichtlich war er ziemlich abgearbeitet.

Föhse setzte sich auf den angebotenen Stuhl.

„Sie sind heute das erste Mal bei uns. Was führt Sie her?"

„Ich suche einen neuen Hausarzt. Außerdem habe ich seit ein paar Tagen Kopfschmerzen."

„Ich arbeite im Amt für Verf . . ."

Mit präzis formulierten Fragen, freundlich und verbindlich im Ton, begann der Arzt seinen Patienten auszufragen und erfuhr dabei allerlei über dessen Krankheitsgeschichte. Noch nie hatte Föhse so ausführlich Auskunft über seine körperlichen Details geben müssen. Er war ganz eingelullt und so traf ihn die nächste Frage unvermittelt wie ein Donnerschlag im Winter.

„Was sind Sie von Beruf, Herr Föhse?"

Er bemerkte, wie auffällig es wirkte, daß sein bereitwilliger Redefluß stockte, konnte aber nicht verhindern, daß seine Zunge sich zu folgendem Satz verleiten ließ: „Ich arbeite im Amt für Verf . . .", da hatte er sich plötzlich wieder in der Gewalt und beendete den Zwischenfall mit einem genialen „messungstechnik".

Donnerkeil, ihm war ein schwerer Fehler unterlaufen. Wie, um sich vor nicht anwesenden Vorgesetzten zu rechtfertigen, versuchte Föhse, nun das Mißgeschick wettzumachen.

„Sagen Sie, Herr Doktor, können Sie in Ihrer Praxis auch kleine Operationen durchführen? Ich gehe ungern ins Krankenhaus, wenn ich mich mal geschnitten habe und es wäre mir eine Beruhigung, wenn ich wüßte, daß das hier gemacht werden kann."

Dr. Landwehr schien nichts hinter der im Affekt so plump formulierten Frage zu argwöhnen.

„Ja, wir operieren gelegentlich, natürlich nur in örtlicher Betäubung. Aber nun will ich Sie erst einmal untersuchen. Legen Sie sich bitte hier auf die Liege."

Kopf, Hals, Lunge, sein dicker Bauch, alles wurde einer raschen, aber sehr gekonnten Untersuchung unterzogen. Föhse staunte. Machte er das bei allen so? Dann mußte er sich plötzlich auf die Seite drehen, er hörte den Doktor mit Papier rascheln und ehe er sich umdrehen konnte, fühlte er einen Finger in seinen Innereien. Es stöhnte leise. Ihm blieb nichts erspart.

„Wissen Sie was? Ihre rechte Großzehe ist chronisch entzündet. Es hat sich direkt schon etwas Eiter darunter gebildet. Haben Sie denn damit keine Beschwerden?"

„Doch, ich wollte damit schon längst zum Arzt." Er hätte sich am liebsten auf die Zunge gebissen.

„Aber warum haben Sie denn das vorhin nicht erwähnt?" Dr. Landwehr blickte ihn fragend an. Bevor Föhse eine Lüge stammeln konnte, ging ein Lächeln über das Gesicht des Arztes.

„Ach so, jetzt geht mir ein Licht auf. Deshalb fragten Sie, ob wir operieren. Herr Föhse, ich werde Ihnen am besten gleich mal praktisch demonstrieren, was bei uns gemacht werden kann. Der Zehennagel hat Sie die längste Zeit geärgert."

Dr. Landwehr rief eine Assistentin herein und die nahm den sprachlosen Föhse mit hinaus. Halb im Traum folgte er ihr in einen Nebenraum, wo er es sich wiederum auf einer Liege bequem machen sollte. Steif lag er da und beäugte mißtrauisch aus dem Augenwinkel heraus den gynäkologischen Stuhl, der neben seinem Kopfende stand.

Es dauerte nicht lange, da kam der Doktor herein, strahlte ihn an und besprühte seinen Fuß mit einer gelblichen Flüssigkeit. Fräulein Sorge hatte inzwischen ein kleines Tischchen hergerichtet, auf dem einige blitzende Instrumente lagen.

„Gleich schläft der Zeh ein . . ."

„Lokale", sagte Dr. Landwehr, und sie reichte ihm eine randvoll mit heller Flüssigkeit gefüllte Spritze.

Ein brennender Schmerz durchzuckte ihn. Er war zwischen die Zehen gestochen worden. Da — schon wieder — noch einmal eine Spritze in die Zehe. Verflucht, wie konnte es bloß dazu kommen, daß er jetzt hier lag, hilflos einem kommunistischen Sadisten ausgeliefert. Er biß die Zähne zusammen. Wie durch einen Vorhang hörte er den Arzt sagen: „Gleich schläft der Zeh ein, dann merken Sie gar nichts. Wir geben Ihnen nachher ein paar Schmerztabletten mit nach Hause für später." Er sah, wie Dr. Landwehr Gummihandschuhe anzog, dann bemerkte er bereits den festen Griff um seinen Vorfuß.

„Ahhh!" Föhse brüllte laut auf vor Schmerz. Er konnte nicht anders, seine Beamtendisziplin war nicht aufrechtzuerhalten. Ein unglaublicher Schmerz war ihm zugefügt worden, man hatte in seine entzündete Zehe geschnitten.

„Herr Föhse, so schlimm kann es doch nicht sein, es ist ja auch gleich vorbei."

„Au, nein, nein!" Föhse war außer sich. Jetzt rissen sie mit aller Gewalt an seinem Zehennagel. Sollte er sich verraten, seinen Dienstausweis zeigen? Sollte er das Mobiliar zertrümmern? Solch dumme Gedanken schossen durch sein Hirn. Der Schmerz war nicht zum Aushalten. Er würde noch durchdrehen.

„Herr Föhse, Herr Föhse", diesmal war es Tanja Sorge, die auf ihn einredete, während sie einen Verband um seine Zehe wickelte. Sie half ihm, dem gebückt Humpelnden, auf einen Stuhl. Ausgerechnet neben der Dicken mit dem Albanienheft mußte er jetzt sitzen. Schweißperlen standen ihm auf der Stirn. Er dachte daran, was ihm sein Kollege Gries gestern gesagt hatte: „Hast Du es gut, kannst Dich morgen den ganzen Vormittag bei dem Doktor rumlümmeln, während ich in der Eiseskälte rumhänge." An der Praxistür klingelte es.

„Taxi!" rief eine forsch aussehende Frau.

„Herr Föhse, Ihr Taxi!" Tanja Sorge half ihm auf die Beine und begleitete ihn zur Tür. „Kommen Sie bitte morgen zum Verbandswechsel." Sie schloß die Tür und ging ins Hinterzimmer, um die Instrumente wegzuräumen. Plötzlich stutzte sie, hob ein kleines Glasfläschchen hoch und runzelte die Stirn. Mit dem Fläschchen in der Hand ging sie ins Sprechzimmer.

„Du, Gerhard, ich hab' großen Mist gebaut. Ich glaube, der Föhse kommt nie wieder zu uns. Hier schau mal, ich hab' die Flasche verwechselt. Du hast ihm kein Betäubungsmittel gespritzt, sondern Kochsalz!"

Gerhard Landwehr schaute sie an. Tanja wunderte sich. Warum grinste der so?



Zum Thema Verfassungschutz



„Ulli ist offenbar in unserer Klasse der einzige, der nicht für den Verfassungsschutz arbeitet."



Bayrischer Verfassungsschutz

Freisprüche im Bochumer NS-Prozeß

Bestraft wird nur, wer gesteht

Volkskorrespondenz aus Bochum

Am Mittwoch, den 12.4. ging nach halbjähriger Verhandlungsdauer der NS-Prozeß in Bochum zu Ende. Und man fragt sich, was das ganze sollte.



7.000 Morde auf dem Gewissen... [Massenerschießungen in Lettland]

Freispruch für den Hauptangeklagten Förster, die beiden „kleinen Fische" für schuldig befunden, Lengl wird nicht bestraft, Hasenkamp wird zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für Lengl und Hasenkamp sechs Jahre, für Förster acht Jahre wegen Beihilfe zum Mord beantragt.

Es ging um die Ermordung von über 7.000 jüdischen Sowjetbürgern 1942 in der Nähe von Minsk durch mehrere SS-Vernichtungsaktionen. Die „übliche" Methode damals — Gräben auszuheben und die Opfer dann nach dem Genickschuß hineinfallen zu lassen — bereitete bei diesen Aktionen wegen des zugefrorenen Bodens zuviel Schwierigkeiten. So wurden die Opfer in Scheunen erschossen und das ganze dann in Brand gesteckt. Wer nicht gleich tot war und zu fliehen versuchte, wurde erschossen. Ein noch lebendes Kind wurde einfach in die Flammen geworfen. Der Gestank der verbrannten Leichen lag eine Woche über den Dörfern und drang in alle Gebäude ein.

Davon will der Hauptangeklagte Förster, der eine führende Rolle als Hauptscharführer bei der Sicherheitspolizei spielte, nichts gewußt haben. Ihm fiel auch plötzlich mitten in der Hauptverhandlung ein, daß er zu dem Zeitpunkt wohl Fleckfieber hatte. Dazu wurde seine eigene Frau als sehr „genaue und präzise Zeugin" (so seine Verteidiger später, um sie von den jüdischen Zeugen zu unterscheiden, versteht sich) gehört. Genau beschreibt sie auch ihre Gefühle, als sie mit ihrem Mann geistesgestörte Kinder besuchte, die bis zu ihrer Ermordung in einem Kloster aufbewahrt wurden: „Wie sie aussahen, Herr Vorsitzender, schrecklich. Das waren keine Menschen mehr, das waren Tiere."

Förster wird mehrfach durch Zeugenaussagen belastet. Die drei jüdischen Zeugen, die ihn am klarsten belasten, leben jetzt in Israel und erzählten unter anderem, daß sie sich einmal im Jahr treffen, um die schrecklichen Erlebnisse von damals zu besprechen und der Opfer zu gedenken. Diese wird von den Verteidigern Försters sofort so aufgegriffen: Dann haben sie ganz klar Gelegenheit, ihre Aussagen abzusprechen, sich gegenseitig zu beeinflussen. Sie können nicht mehr zwischen Gehörtem und Erlebtem unterscheiden. Die Aussagen seien daher nicht verwertbar. Diesem Argument folgt der Richter bei seinem Freispruch für Förster.

Beim Verteidigerplädoyer für den Angeklagten Lengl kommen einem fast die Tränen. Einfacher Bauer, schlichter Katholik, aufgewachsen im schönen ruhigen Allgäu. In die Landscharen eingetreten, weil seine Schulkameraden auch eingetreten sind. Eine Stunde Dienst, eine Stunde Exerzieren, zwei Stunden politische Schulung in der Woche. Man wird stutzig, so meint sein Verteidiger ganz recht, wenn man „politische Schulung" hört, ist aber gleich beruhigt, wenn man erfährt, daß diese auch von einem einfachen Bauernjungen durchgeführt wurde.

Als er in die Sowjetunion abkommandiert wird, kann er also nicht ahnen, was von ihm verlangt wird. Lengl gibt zu, bei den Erschießungen das Gelände abgesperrt zu haben, streitet aber ab, daß er selber geschossen hat. Er wird der Beihilfe zum Mord für schuldig befunden, bestraft wird er nicht!

Der letzte Angeklagte, Hasenkamp, (nach Meinung seiner Verteidiger der „Dümmste") gibt zu, bei zwei Aktionen mitgeschossen zu haben. Weil er so dumm ist, das zuzugeben, muß er jetzt vier Jahre ins Gefängnis. Förster war nicht so dumm — er hatte alles abgestritten — kommt also ohne Strafe weg. Er hätte es also mit seinem Gewissen abzufinden, so der Richter, inwieweit er tatsächlich beteiligt war. Die sechs Monate Verhandlung, die Reisen nach Tel Aviv, Los Angeles und Österreich, die zahlreichen Zeugenaussagen hätten jedenfalls keine ausreichenden Beweise erbracht!



...aber Gnade für die Massenmörder: Johann Förster (Freispruch), Joseph Lengl (Freispruch) und Georg Hasenkamp (4 Jahre)

Im Zusammenhang mit dem Majdanek-Prozeß, sagt der Richter in seiner Urteilsbegründung, werden Stimmen vor allem aus Polen laut, die sagen, die deutsche Justiz wäre auf dem einen Auge blind. Terroristen würde man wegen der bloßen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung verurteilen. Alte Nazis werden freigesprochen, weil es nicht bewiesen werden könnte, daß sie tatsächlich persönlich gemordet hätten. Man müßte aber verstehen, so der Richter, daß die Justiz nur nach den Gesetzen handeln darf, die zur Tatzeit gültig waren. Damals gab es diese Terroristengesetze eben nicht!

Es ist schon reichlich viel verlangt, wenn der Richter nach diesem Urteil um Verständnis bittet. Ich habe diesen Prozeß über Monate besucht und verließ den Saal am letzten Tag mit einer Wut im Bauch, wie ich sie selten gespürt habe. Nach der Urteilsverkündung gab es Verbrüderungsszenen und Gratulationen zwischen den beiden Angeklagten, die nicht bestraft wurden.

Ich denke an die jüdische Zeugin, die geweint hat, weil es ihr weh tat, daß es erst 1978 zum Prozeß gekommen war. Ich denke an den jüdischen Zeugen, der die Fragen des Richters nicht mehr gehört hat, nachdem er im Gerichtssaal Förster erkannt hat. Ich denke an die Tausende Männer, Frauen und Kinder, die nicht mehr als Zeugen auftreten konnten.

Wir wollen keine Verjährung für Nazi-Verbrechen. Wir wollen aber auch keine Scheinprozesse, die die Opfer verhöhnen!

Neuer Bespitzelungsskandal

BND registriert Ostblock-Reisende

Erneut kommt eine unglaubliche Überwachungspraxis ans Tageslicht: Der Bundesgrenzschutz (BGS) fotografiert regelmäßig Visa-Vermerke von Ostblock-Reisenden und gibt die Unterlagen in „Amtshilfe" an den Bundesnachrichtendienst (BND), die Bonner Spionage-Organisation, weiter.

„Amsthilfe" des Bundesgrenzschutzes für BND

Wie aus einem Bericht für das Bonner Innenministerium hervorgeht, fotografieren Abteilungen des sogenannten Grenzschutz-Einzeldienstes (GSE) an 23 Grenzstellen mit Photogeräten („Doku-Geräten") des BND im Monat durchschnittlich über 7.000 Visa-Vermerke in Reisepässen von Ostblock-Reisenden. An weiteren 45 Grenzstellen fotografiert der BGS mit eigenen Geräten.

Erst im vergangenen Jahr waren zwei Fälle aufgedeckt worden, die das ganze Ausmaß des Bonner Spitzel- und Überwachungssystems ahnen ließen: Schwarze Listen über politische Führer, politische Organisationen und über linke Literatur an den Grenzen sowie die regelmäßige Öffnung der Auslandsbriefe durch den BND. Mit dem jetzigen Fall verdichtet sich immer mehr das Netz einer totalen Registrierung und Kontrolle der Bevölkerung durch den Bonner Staat.

Was auch zutage trat, das ist die — sogar gesetzwidrige — Zusammenarbeit der verschiedenen Organe des Bonner Gewaltapparats. Das faschistische Hitler-Diktatur hatte einen einheitlich gegliederten Gewaltapparat aus Armee, Polizei, Spionagediensten usw. geschaffen. Nach der Zerschlagung des Faschismus haben selbst die bürgerlichen Parteien die Trennung dieser Abteilungen des Staatsapparats gefordert. Seitdem wird formal, zum Schein, die Unabhängigkeit der einzelnen Apparate des Bonner Staates betont. Heut aber wird immer offensichtlicher, daß diese Trennung der Gewaltorgane schrittweise unter dem Deckmantel der „Amtshilfe" wieder aufgehoben wird und wir uns schrittweise wieder einem einheitlichen reaktionären Gewaltapparat nähern.

Durch die Veröffentlichung der neuesten BGS/BND-Praktiken ist man selbst in Bonn gezwungen, auf diese Problematik einzugehen. CSU-Abgeordnete wie Carl Dieter Spranger und Paul Röhner bezeichneten ganz offen die Zusammenarbeit von BGS und den anderen „Diensten" als „unumgänglich" und forderten, den BGS nicht in den Rücken zu fallen. Dagegen plädieren Koalitionsvertreter wie Innenminister Baum dafür, den gesetzlosen Zustand zu beseitigen, indem — neue gesetzlich Richtlinien für diese Zusammenarbeit geschaffen werden!

Daß diese Richtlinien die weitere gesetzlich verankerte Durchlöcherung der Amtstrennung mit sich bringen würden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Der SPD-Abgeordnete Axel Wernitz mahnte auch schon die Bonner „Kritiker" der „Amtshilfe", man dürfe „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten".

Jupo Essen plante einen Schlag

Ein Schlag ins Wasser!

Veröffentlichung ihrer Pläne bewirkte den Abbruch der geplanten Aktion

Überall formiert sich die Jugendpolizei (Jupo). Auch in Essen. Hier wollte sie sich durch eine ganz besonders schlagkräftige Aktion bei der Jugend einführen. Aber die Sache kam anders.

Für den 11. April hatten Jugendamt, Kripo und Ordnungsamt eine Razzia vereinbart. Es sollten 20 Kneipen, Discos und ähnliche „besonders jugendgefährdende" Orte durchkämmt werden. Geplant war, daß sich die Herren, alle in Zivil, um 20 Uhr im Jugendinformationszentrum zur Lagebesprechung treffen sollten, um dann auszuschwärmen und über die Treffpunkte der Jugendlichen herzufallen.

Jugendliche, die alkohol- oder drogengefährdet sind, Selbstmordkandidaten, jugendliche Ausreißer, „tatverdächtige, strafmündige Minderjährige" — sie sollten gezielt angesprochen und eventuell festgenommen werden. Die Festgenommenen sollten dann zum Auffanglager im Jugendinformationszentrum gefahren werden, wo die Personaldaten in den Computer der „Zentralen Jugendkartei" beim Landeskriminalamt in Düsseldorf einzugehen hätten.

Doch damit hatten die Verantwortlichen nicht gerechnet: Die Aktion wurde vorher bekannt! Und so kam es, daß am 11. April abends in den angegebenen Kneipen und Discos die Jugendlichen sehnsüchtig auf das Erscheinen ihrer Jupos warteten, bereit zu einem würdigen Empfang.

Die öffentliche Ankündigung dieser Gegenaktion muß dann die Verantwortlichen wohl doch bewogen haben, von ihren ursprünglichen Plänen Abstand zu nehmen. Jedenfalls ist kein Fall bekannt geworden, daß es zu einer „Begrüßung" von Jupos durch die Jugendlichen kommen mußte.

Wenn diese erste „Antrittsaktion" der Jupo auch zu einem Schlag ins Wasser wurde, ist damit die Jugendpolizei noch nicht erledigt. Der Runderlaß des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, in allen größeren Städten die Jupo einzuführen, steht nach wie vor. Insbesondere sieht dieser Erlaß vor, „umfassende Unterlagen über die Orte anzulegen, an denen Kindern und Jugendlichen besondere Gefahren drohen und die daher überwacht werden müssen".

Aber die Gegenaktion der Essener Jugendlichen war auch nur ein erster Auftakt zum Kampf gegen diese Einrichtung. Der Protest gegen die Jupo ergreift immer breitere Kreise. So erklärte am 29.3. der Arbeitskreis Jugendpolitik, dem verschiedene Jugendorganisationen angehören, daß er die Jupo ablehnt. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Runderlaß zurückzunehmen, und man verwahrt sich gegen ein Eindringen der Polizei in den Sozial- und Jugendbereich.

Überfall der MHP-Faschisten

Mitglieder der türkischen faschistischen Organisation MHP („Graue Wölfe") haben am 30. März um 0.35 Uhr in Westberlin einen bewaffneten Anschlag verübt. Der Anschlag richtete sich gegen sieben Mitglieder des Vereins der Arbeiter aus der Türkei e. V., die in ihrem Vereinslokal Zeitungen zum Versand abpackten.

In einer Presseerklärung weist der Arbeiterverein darauf hin, daß auch dieser Anschlag nach demselben Muster ausgeführt wurde, wie die vielen faschistischen Terroranschläge in der Türkei. Genauso wie dort werden sie auch hier in Massenmorden enden, wenn nichts dagegen unternommen wird.

Daß die Behörden das Treiben der türkischen Faschisten hier dulden, hat sich aber auch bei den vielen bisherigen Überfällen gezeigt, die in Westberlin und Westdeutschland zu registrieren waren. So wurden zum Beispiel erst am 24. März jugendliche Demokraten aus der Türkei beim Flugblätterverteilen vor dem Rathaus Neukölln mit Schlagstöcken und Ketten zusammengeschlagen. Vier Kollegen wurden verletzt, einer davon mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In der Presseerklärung wird darauf hingewiesen, daß die Zahl der faschistischen Überfälle rapide mit dem Tag zugenommen hat, an dem es dem türkischen Faschistenführer Türkes von deutschen Behörden ermöglicht wurde, in unserem Land aufzutreten.

Faschistische Mörder aus der Türkei wollen sich jetzt mit Hilfe des Asylgesetzes in die Bundesrepublik absetzen, um hier ihren Terror fortzusetzen. Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden. **Sofortiges Verbot der türkischen faschistischen Organisationen!**

Proteste gegen SS-Treffen

Trotz einer Welle von Protesten hat der Bürgermeister von Arolsen, Welteke, das angemeldete Treffen von ehemaligen Angehörigen der SS-Totenkopf-Division am 28./29. April genehmigt. Dieser Mensch hat offen zu erkennen gegeben, daß er in der Nähe von Arolsen untergetauchte SS-Verbrecher deckt. Die SS-Totenkopf-Division war die Mördertruppe der Nazis, die die Wachmannschaften der Konzentrationslager stellte und darüber hinaus durch zigtausendfachen Mord an Zivilisten in der Sowjetunion und Polen Schuld auf sich geladen hat.

Für den 28. April hat eine „Kasseler Initiative für ein Verbot der SS-Treffen" zusammen mit den Jusos, den Falken und der Jugend der Arbeiterwohlfahrt zu einer Kundgebung und einem Schweigemarsch aufgerufen. Der DGB-Kreisvorstand Waldeck-Frankenberg mußte seine angekündigte Teilnahme an der Aktion zurückziehen. Die SPD hat entsprechenden Druck auf den DGB ausgeübt.

Stopp Jugendpolizei!

Die „Initiative — Keine Jugendpolizei in NRW" kündigt das Erscheinen ihrer neuen Monatsschrift „Informationsdienst" an, die zum Preis von einer Mark zu haben ist.

Bestellungen an die Adresse:
Alleestraße 40
4100 Duisburg 11
Tel.: 0203/550623

„Engler du wirst sehen, dir wird es wie Filbinger ergehen."

Volkskorrespondenz aus Mannheim

Am 2.4. besuchte der Minister für Wissenschaft und Kunst die Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim.

Engler ist bekanntgeworden als Rektor der Uni Freiburg, wo er als besonders engagierter Vorreiter des Verbots der Verfaßten Studentenschaft und anderer Unterdrückungsmaßnahmen wie Ordnungsrecht, Relegation und Verordnung von Zwangsgeld aufgetreten ist. Als Belohnung für die schnelle Erledigung dieser Aufgaben bekam er einen Ministersessel zugeteilt. Bei seiner Kontrollfahrt wollte Engler auch an der FHS Mannheim feststellen, inwieweit die Maßnahmen zur Entrechtung der Studenten schon gegriffen haben.

Der von den Studenten gewählte AStA erfuhr von diesem geplanten Besuch erst sechs Tage vorher, da die Gremienvertreter des vom Kultusministerium **eingesetzten** Senats-AStA die Informationen über diesen geplanten Besuch seit dem Ende des Wintersemesters 78/79 den Studenten vorenthielten. Die beiden studentischen Gremienvertreter gehören dem MSB Spartakus an, der Studentenorganisation der revisionistischen DKP.

Der **gewählte** AStA versuchte, diesen bevorstehenden Besuch auf einer Vollversammlung mit allen Studenten vorzubereiten. Da aber aufgrund der kurzen Zeit dies nicht mehr möglich war, wurden alle Studenten zum Besuch des Ministers direkt hinmobilisiert, um diesen in Baden-Württemberg als besonders scharfen Unterdrücker der Studentenbewegung bekannten Reaktionär zur Rede zu stellen.

Da abzusehen war, daß viele Studenten kommen wollten, erklärte sich der revisionistische MSB Spartakus mit der Taktik des AStA einverstanden. In der ganzen Fachhochschule hingen Wandzeitungen und Transparente, die auf die gerechten Forderungen nach Erhalt der Verfaßten Studentenschaft und auf die Abschaffung des reaktionären Landeshochschulgesetzes (LHG) hinweisen.

Ein Transparent gleich am Eingang des Besucherraumes sollte Engler mit den Worten begrüßen:

„Engler du wirst sehen,
dir wird es wie Filbinger
gehen!"

Als der Minister dann schließlich erschien, wurden ihm von den Studenten die gerechten Forderungen als Parolen entgegengerufen. Als Engler den Besucherraum betreten wollte, riß er eigenhändig das Transparent herunter, das ihm ein Ende wie Filbinger prophezeite. Einige Studenten waren darüber sehr empört und riefen ihm zu, er wolle Verhältnisse einführen, wie sie vorherrschten als „Hitlers Marinerichter" als „furchtbarer Jurist" wirkte.

Die Öffentlichkeit wurde hergestellt und ein Vertreter des AStA trug die Forderungen der Studenten vor, und er wurde aufgefordert, Stellung zu beziehen. Da er dazu nicht in der Lage war und gleichzeitig die Studenten nicht für ein Gespräch über seine reaktionären Auffassungen von Studienverschärfungen gewinnen konnte, verließ er fluchtartig den Raum. Der AStA der FHS Mannheim wertete dieses Zurückweichen Englers als einen Erfolg.

Die Revisionisten vom MSB und seine Trittbrettfahrer vom SHB waren sehr empört über das entschlossene Auftreten der Studenten. Sie erklärten Tags darauf in der Sitzung des Studentenparlaments (StuPa), daß sie sich für das „unhöfliche" Verhalten des Studenten „schämen" würden. Sie verurteilten die Aktion und erklärten dazu, daß man mit dem Minister „höflich und sachlich" hätte diskutieren sollen.

Außerdem distanzierte sich der MSB von der mit ihm selbst getroffenen Absprache auf Herstellung der Öffentlichkeit und stellte dagegen: „Vielleicht hätte der Minister auch mit dem gewählten AStA gesprochen. Dies wäre doch dann ein politischer Erfolg gewesen." Unabhängig davon, daß Engler den gewählten AStA öffentlich als „illegal" bezeichnete und somit klar war, daß er ein Gespräch niemals akzeptieren würde, erklärte der gewählte AStA, daß einem solchen reaktionären Politiker immer die geschlossene Front der Studenten entgegengestellt werden muß.

Wenn der MSB über dieses erfolgreiche Auftreten der Studenten in Scham und Gram verfällt, so kann er dies tun. Die Studenten werden kein Mitgefühl dafür haben.



Demonstration von Studenten gegen das LHG

Umfrage mit kleinen Schönheitsfehlern

Volkskorrespondenz aus Mannheim

Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" eine Notiz über eine Umfrage unter Buchhändlern, die der Freiburger Verlag Herder durchgeführt und veröffentlicht hatte. Etwa Dreiviertel der Befragten sei mit Leib und Seele Buchhändler, in kaum einem anderen Beruf gebe es eine so große Zufriedenheit. So würde sich denn auch Dreiviertel der Buchhändler ohne Zögern wieder für diesen schönen Beruf entscheiden und nach dem Motto „Was interessiert mich der schnöde Mammon, wo ich mich doch in einem angesehenen ‚Kulturberuf' selbst verwirklichen kann" sei auch die schlechte Bezahlung kein Grund zur Klage.

Das war natürlich ein Artikel so ganz nach dem Geschmack der Chefs. Der Besitzer einer Mannheimer Buchhandlung etwa ließ es sich nicht nehmen, die frohe Botschaft höchstpersönlich ans schwarze Brett seines Betriebes zu heften. Den Kollegen der betreffenden Buchhandlung war gleich klar, daß da ein Haken dran war. Ihre Erfahrungen sahen gewaltig anders aus:

Bei einem Gehalt zwischen 1.200 und 1.600 Mark (brutto!), einer ewigen Schikanierung und einer miesen Arbeitszeit kann es mit Zufriedenheit nicht weit her sein. Und schließlich: Wenn alle so lecker zufrieden sind, wieso kam es da bei den letzten Tarifverhandlungen in Baden-Württemberg in Verlagen und Buchhandlungen zu Warnstreiks und Protestaktionen, warum organisieren sich immer mehr Kollegen in der Gewerkschaft und nehmen den Kampf für den Aufbau eines Betriebsrates auf, den es auch in großen Buchhandlungen bislang nur vereinzelt gibt?

Des Rätsels Lösung: Die genannte Umfrage orientierte sich keineswegs an dem weitaus größten Teil der im Buchhandel Beschäftigten, den einfachen Angestellten und den Lehrlingen, sondern vielmehr an den Inhabern bzw. Geschäftsführern von Buchhandlungen, die 77 Prozent der Befragten ausmachten.

Da man auch die Herren Abteilungsleiter (10 Prozent der Befragten) nicht zu kurz kommen lassen wollte, blieb für die einfachen Angestellten nur ganze 8 Prozent, für die Lehrlinge 3 Prozent übrig.

Hinzuzufügen ist noch, daß die ganze Untersuchung vom Verlag Herder in Form einer „Jahresausgabe" für die „Freunde des Hauses" (sprich: Besitzer von Buchhandlungen) verschickt wurde.

Wie schön, daß es heutzutage noch so richtig sinnvolle Weihnachtsgeschenke gibt, die das Herz des Beschenkten höher schlagen lassen...

Aus der Arbeit unserer Frauengruppe

Volkskorrespondenz aus Kitzingen

Am 24. März ging die **Frauengruppe Kitzingen** zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Wir klärten die Bevölkerung mit Flugblättern über den Duogynon/Cumorit-Skandal auf und sammelten Unterschriften für das Verbot dieses gefährlichen Präparats.

Unsere Gruppe besteht seit Sommer '78. Mehrere Vergewaltigungen durch US-Soldaten an deutschen Mädchen und die zynischen Pressekommentare waren der Anlaß für unsere Initiative. Allerdings machten wir damals noch keine Aktionen, weil die Meinungen der Frauen über die amerikanischen Soldaten geteilt waren.

Im Winter hörten wir dann von Bekannten vom Duogynon-Skandal und waren uns bald einig, daß wir den Kampf für das Verbot dieses Schering-Produkts unterstützen wollen. Wir informierten uns, schrieben Flugblätter und erhielten eine Standerlaubnis für den 24.3.

Gegenwärtig diskutieren wir verschiedene Themen, zum Beispiel Frauen in Beruf und Ausbildung, Probleme des Mutterschutzes, Kinderbetreuung, Frauen und Kriegsdienst. Die Diskussionsergebnisse wollen wir dann am Muttertag auf Flugblättern veröffentlichen. Wir hoffen, damit neue Frauen zu gewinnen und dann vielleicht Arbeitsgruppen zu bilden.

Die Duogynon-Aktion jedenfalls hat uns einen Schritt vorwärts gebracht. Die Gruppe hat sich von vier auf zwölf Mitglieder vergrößert.

Da es in Kitzingen nur wenige Ganztagskindergartenplätze und überhaupt keine Krippen gibt, müssen die meisten jungen Mütter ihren Beruf aufgeben. Diesen Mißstand haben wir aufgegriffen und sieben junge Mütter in einer Gruppe zusammengeschlossen. Unser Ziel: Die Stadt soll uns einen Raum zur Verfügung stellen, wo sich Mütter mit ihren kleinen Kindern treffen können und wo die Kinder auch einmal untergebracht werden können, wenn die Frauen Besorgungen machen müssen. Inzwischen treffen wir uns noch in den eigenen Wohnungen, können uns aber durch den Mangel an Platz nicht vergrößern, obwohl wir Mütter kennen, die gerne mitmachen wollen.



Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Arolsen

Das SS-Treffen in Arolsen am 28. April muß verboten werden!

Volkskorrespondenz aus Kassel

Wer Arolsen hört, der denkt gleich an den letzten Bundesparteitag der NPD, der dort vor einigen Monaten mit dem Segen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung tagte. Damals protestierten über tausend Antifaschisten gegen diese Provokation.

Vor kurzem kam heraus, daß am 28./29. April die berühmtberüchtigte „Totenkopf-Division" der Waffen-SS ihr bundesweites Treffen in Arolsen-Mengeringhausen durchführen will. Sofort traten die Antifaschisten mit einem Info an die Öffentlichkeit.

„Die SS-Division Totenkopf war speziell für die Bewachung und ‚Sonderbehandlung' der in den KZs verhafteten ‚Staatsfeinde' und für die Massenvernichtung der Bevölkerung in den eroberten Gebieten zuständig", heißt es dort. Das Info berichtet weiter, daß die Totenkopfdivision **für die Ermordung von mehr als 20.000 Zivilisten und Kriegsgefangenen in Charkow verantwortlich ist.**

In Arolsen ist es schon aufgrund der Haltung der Behörden zur traurigen Gewohnheit geworden, daß SS-Verbände und anderes faschistisches Gesindel unbehelligt auftreten können. Der Bürgermeister Dr. Welteke pflegt zu solchen Gelegenheiten gar als Gastredner aufzutreten. Auch Landrat Dr. Reccius ist ein gern gesehener Gast. Es ist schon vorgekommen, daß die „ehrenwerte Gesellschaft" von KZ-Mördern und Henkersknechten mit Glockengeläut durch Arolsen zog. Selbstverständlich war ihnen auch für dieses Jahr die Stadthalle zugesagt worden.

Doch diesmal haben die Herren die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Bei einem Gespräch zwischen zwei Vertretern der christlich-jüdischen Gesellschaft, Dr. Welteke und sechs Stadträten aller drei Ratsfraktionen versuchte die Stadt, die ganze Sache herunterzuspielen. Dr. Welteke verplapperte sich und ließ sich entlocken, daß er viele ehemalige SS-Männer aus Arolsen und Umgebung kenne, die heute unter falschem Namen lebten, um sich der Strafverfolgung zu entziehen.

Es hagelt Proteste. Fortschrittliche Organisationen und Persönlichkeiten melden sich zu Wort, die Presse greift den Skandal auf.

Der DGB-Kreisverband Waldeck-Frankenberg kündigt einen Schweigemarsch mit anschließender Protestkundgebung mit über 3.000 Teilnehmern an.

Betriebsräte und Vertrauensleutekörper von VW, Thyssen-Henschel und Daimler-Benz protestieren gegen die Nazi-Provokation. Der DGB-Kreisverband Kassel, IG Metall, ÖTV und GEW schließen sich den Protesten an. Die öffentliche Meinung wendet sich gegen das SS-Treffen. Immer mehr Menschen schließen sich der gerechten Forderung an: **Verbot des SS-Treffens in Arolsen!**



Die Kitzinger Frauengruppe diskutiert über den Duogynon-Skandal

Am Karfreitag, 30. März 1945, kurz vor dem Ende des Weltkrieges und dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur, wurden im Dortmunder Süden, im Rombergpark und in der Bittermark, 289 Menschen von der Gestapo bestialisch ermordet. Die Ermordeten waren meist erst wenige Tage vorher im Zuge einer „Säuberungsaktion" gegen den antifaschistischen Widerstand noch verhaftet worden. Es waren Kommunisten und andere antifaschistische Widerstandskämpfer, Kollegen und Kumpels der Dortmunder Betriebe, auch Sowjetbürger, Franzosen, Holländer, Belgier, die aus ihrer Heimat zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden waren. Am 15. April, kurz nach der Befreiung vom faschistischen Joch, wurden die Opfer des Massakers entdeckt.

Heute ist der Ort des Massenmordes in der Bittermark eine antifaschistische Gedenkstätte. Jährlich am Karfreitag versammeln sich Überlebende der Greuel, Verwandte der Opfer und Antifaschisten hier zu einer Gedenkfeier. Sie wurde zunächst spontan von der Bevölkerung organisiert und durchgeführt; sie war getragen von dem Haß auf den Faschismus, von dem Willen, künftig Faschismus und Krieg zu verhindern. Mit den Jahren aber gelangte Durchführung der Karfreitagsfeier mehr und mehr in die Hände der Stadt Dortmund. Die Trauermusik zum Beispiel spielt heute ein Polizeiorchester. Die Redner sind Oberbürgermeister, Minister und DGB-Führer — dieselben, die Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, Verfolgungsmaßnahmen gegen Kommunisten und Antifaschisten bis hin zu Gefängnis zu verantworten haben. Vielen der Menschen, die am Karfreitag zur Bittermark kommen, erscheint es wie ein Hohn: An der Stelle, wo einst Kommunisten und andere antifaschistische Widerstandskämpfer den nazifaschistischen Barbaren zum Opfer fielen, erheben heute ihre Stimme, die mit den Nazis zumindest den Antikommunismus gemeinsam haben!

Aus Anlaß des diesjährigen Karfreitag-Gedenktages drucken wir im folgenden Auszüge aus einer Broschüre des Ausschusses der Hinterbliebenen und Mitgefangenen der Opfer im Rombergpark und einem Flugblatt der Bittermarkinitiative gegen Reaktion und Faschismus ab.


Die Gedenkstätte an der Bittermark.

Heute vor 34 Jahren

Massaker der Nazis in der Bittermark

. . . im Rombergpark muß etwas Entsetzliches passiert sein

Da schwirrten unheimlich-grausige Gerüchte durch die Stadt: im Rombergpark muß etwas Entsetzliches passiert sein. Ein Bauer aus Hacheney hat in der Karwoche nicht weit von seinem Acker, vom Waldrand her, frühmorgens, einige Tage hintereinander Schüsse fallen hören.

Einige Bombentrichter im Rombergpark seien über Nacht zugeschüttet worden.

Die Gerüchte verdichten sich mehr und mehr. Der Sohn des Bergmann Schwartz läuft in den Rombergpark. Dicht am Forsthaus wohnt in einem ausgebombten Haus ein Arbeiter vom nahen Hochofenwerk. Er kommt gerade durch den Wald von seiner Arbeitsstätte zurück. Der junge Soldat hält ihn an: „Hast du hier etwas bemerkt? Ich suche meinen Vater, der soll hier erschossen worden sein." Der Hochofenarbeiter erzählt ihm, daß fünfzig Meter von seinem Haus entfernt ein Bombentrichter gewesen sei, der zugeschüttet worden ist. Plötzlich tritt Entsetzen auf sein Gesicht: „In der Karfreitagsnacht, zwischen 3 und 4 Uhr, stand mein Junge am Fenster und rief: ‚Vater, Fallschirmjäger sind da!' Da hörte ich schießen und ging hinaus. Ein Posten mit einem Karabiner trat mir entgegen und sagte, es würde eine neue Waffe ausprobiert. ‚Gehen Sie ins Haus zurück, eine verirrte Kugel könnte Sie treffen.'"

Beide laufen mit einem Spaten in der Hand zu diesem Bombentrichter. Kaum einen halben Meter tief, stieß man auf die Brust eines Menschen. „Hier liegt mein Vater...!" schrie der Sohn.

Die Schreckenskunde von den ersten Leichenfunden am 15. April springt von Mund zu Mund, von Haus zu Haus, über Dortmund hinaus ins Revier. Aber nicht nur **ein** Trichter mit zwanzig bis dreißig gräßlich ermordeten Männern und Frauen, die Hände mit Stacheldraht gefesselt, ist gefunden worden, immer neue Bombentrichter mit Hunderten von Leichen angefüllt, werden im Rombergpark entdeckt. Entsetzen und Empörung trieb die Arbeiter aus den Betrieben, Männer und Frauen aller Schichten in den Rombergpark, um sich zu überzeugen, ob es tatsächlich „an dem sei", ob tatsächlich des „Satans letztes Reinemachen" mit furchtbaren Massenmorden beschlossen worden war.

Ein Augenzeuge, der von Hohenlimburg herbeigeeilt war, gibt folgende Schilderung: „Im Rombergpark angekommen, hatte ich nicht nötig, nach der Ausgrabungsstelle zu fragen. Viele Menschen gingen in den Park um zu sehen, was dort geschehen sei. Die Menschen standen in einem weiten Abstand um einen Bombentrichter. Man konnte nicht dicht herangehen, denn der Verwesungsgeruch der Leichen war kaum zu ertragen. Die Sonne brannte sehr heiß, ich sah viele Frauen und Männer, das Gesicht kreidebleich vor Entsetzen sich entfernen. Andere traten in die entstandenen Lücken. Ich zwängte mich durch die Menge und ging bis zum Rand des Bombentrichters. Hier sah ich ein grauenvolles Bild. Die schon ausgegrabenen Opfer lagen nebeneinander. Den Männern waren die Hände mit Stacheldraht auf dem Rücken gebunden, den Frauen und Mädchen ebenfalls mit Stacheldraht gefesselt, auf den Leib gebunden.

Bei diesem Anblick begann ich plötzlich am ganzen Körper zu zittern — und dann rollten mir die Tränen. Solche, vor ihrem Tode furchtbar zugerichteten Menschen hatte ich noch nie gesehen. Das schrecklichste Bild war das der ermordeten Frauen: ihre Röcke hatten sich hochgeschoben; an den Beinen sah man bandbreite Stellen, an denen das rohe Fleisch herausgerissen war. Die Brüste, Arme und Schultern, die Gesichter trugen fürchterliche Mißhandlungsmerkmale. Bei den Männern waren die zerschlagenen Körperstellen da, wo Hose und Hemd zerrissen waren..."

Alle Leichen wiesen Genickschüsse auf, alle waren gefesselt, mit Stacheldraht, mit Bindedraht und einige mit Leitungsdraht.

Rombergpark, das war der Gesprächsstoff Dortmunds und der Nachbarstädte in jenen Tagen. Sechs Bombentrichter mit ungefähr 200 Leichen waren dort schon gefunden; nicht weit davon, in der Bittermark, auf einer Spielwiese und in den anliegenden Schonungen waren noch drei Massengräber entdeckt worden. Und immer dasselbe grausige Bild: alle Opfer drahtgefesselt und Genickschuß. Die Zahl der Ermordeten betrug 250 bis 300.

(Aus einer Dokumentation des Ausschusses der Hinterbliebenen und Mitgefangenen der Opfer im Rombergpark)

Die Drahtzieher erschienen als Zeugen . . .

Das Reichssicherheitshauptamt in Berlin selbst hatte den Auftrag gegeben, in Dortmund Ordnung zu schaffen, die Widerstandsnester, insbesondere auf Phönix, in der Panzerstätte im Asphaltwerk II auszuheben. *Seit Ende 1943 mache sich dort mehr und mehr der Widerstand gegen den Krieg bemerkbar und untergrabe die Sache des „Führers". Es habe sich eine Widerstandsgruppe gebildet, die Parolen gegen Hitler an die Wände male, ausländische Sender abhöre, Flüsterpropaganda betreibe und den größten Teil der unzufriedenen Bevölkerung hinter sich habe.* Am 9. Februar hatte die Gestapo mit Hilfe des Spitzels Muth zugeschlagen. Die Frauen und Männer wurden nachts aus den Betten gerissen, vom Arbeitsplatz weggeholt und in die Kellergänge des Gestapogebäudes in Hörde verfrachtet. Mißhandlungen, Folter und Qualen sollten ihren Widerstandswillen brechen. Die Hörder Gestapo schuf blutige Ordnung.

Die Massaker der Osterwochen 1945 rufen Entsetzen und tiefe Empörung bei der ganzen Bevölkerung, nicht nur in Dortmund, hervor. Zehntausende ehrten das Andenken der anitfaschistischen Kämpfer. Als die Opfer beigesetzt werden, stehen die Räder auf Phönix und in anderen Betrieben still. *„Rache den Opfern! Die Mörder hinter Schloß und Riegel! Schluß mit einem System, das Faschismus und Krieg, Verbrechen wie diese gebiert! Wir schaffen ein neues Deutschland!"* Dies war nicht nur der Wille der Dortmunder Arbeiterschaft, sondern der Wunsch aller schaffenden Menschen in unserem Land.

Aber es dauerte sieben Jahre, bis er überhaupt zu einem Prozeß gegen die Gestapo-Mörder von Hörde vor dem Dortmunder Schwurgericht kam. Nicht wegen Mordes, sondern wegen Aussageerpressung im Amt, in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung und Beihilfe zur Tötung. Das Kontrollratsgesetz, nach dem sie wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit hätten angeklagt werden müssen, war seit 1951 aufgehoben. Und was sich dann in diesem Prozeß abspielte, war alles andere als eine Abrechnung mit dem Faschismus. Ganze 27 der 147 Gestapobeamten der Hörder Dienststelle saßen auf der Anklagebank. Als Hauptschuldiger fungierte der Achtgroschenjunge Muth. Die Drahtzieher — wie der frühere Gauleiter von Westfalen-Süd und der Reichsverteidigungskommissar Hitlers,


Zeuge Paul Hoffmann, Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar

Paul Hoffmann und seine Kumpanen — sie erschienen als Zeugen vor Gericht. 15 der Angeklagten wurden freigesprochen, die anderen zu geringen Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Daß die Mörder nicht noch glimpflicher davonkamen, dafür sorgten allein die Proteste von Tausenden werktätigen Menschen in Dortmund während der Prozeßtage.

(Aus einem Flugblatt der Bittermarkinitiative gegen Reaktion und Faschismus)

Die Opfer

Von den fast 300 Opfern konnten infolge der furchtbaren Mißhandlungen und Verstümmelungen zunächst nur 95 identifiziert werden.
Die Namen der drei folgend Aufgeführten stehen für viele.

Schwartz, Karl
Geb. am 27.2.1893 in Dzingellen, Krs. Oletzko. Schwartz arbeitete bis Januar 1932 als Hauer und Bremser auf der Schachtanlage „Gottessegen" in Dortmund. Danach war er erwerbslos. Schwartz gehörte von 1918 bis 1920 der SPD an, gründete 1920 die Ortsgruppe Hombruch der USPD und trat 1921 der KPD bei. Außerdem war er von 1924 bis 1928 Mitglied des RFB, 1932/33 Mitglied der Roten Hilfe. In den Jahren von 1925 bis 1929 amtierte Schwartz als Gemeindevertreter.
Schwartz befand sich vom 30.8. bis zum 4.10.33 in Schutzhaft. Er wurde am 11.2.34 erneut festgenommen und am 24.1.35 vom IV. Strafsenat des OLG Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr, 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 11 Monaten, 13 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. Nach der Strafverbüßung kam Schwartz in ein Konzentrationslager, aus dem er am 15.12.36 entlassen wurde. Seit dem 29.1.37 arbeitete er als Hauer auf der Schachtanlage „Fürst Hardenberg" Die Gestapo nahm Schwartz am 13.2.45 abermals fest. Er wurde am 19.4.45 im Rombergpark tot aufgefunden.

Friedrich Schramm.
Letzter Wohnsitz Dortmund, Hallesche Straße 2. Geboren 6.11.1889 in Dortmund-Aplerbeck. 18.9.1905 bis 18.5.1908 Schlosserlehre. 2.10.1908 bis 20.4.1922 Schlosser auf verschiedenen Zechen und Maschinenfabriken. 16.5.1922 Meisterprüfung. Bis 13.5.1924 selbständiger Handwerksmeister in Heinsen/Weser. Ab 14.5.1924 wieder Schlosser auf einer Maschinenfabrik und ab 1.12.1924 bis 8.2.1945 Grubenschlosser und Grubenschweißer auf der Zeche Minister Stein in Dortmund. Vor 1933 keiner Partei angehörend, schloß er sich 1942 auf Zeche Minister Stein einer Widerstandsgruppe an. Am 8.2.1945 mit seiner Frau verhaftet. Die Frau wurde vier Tage später freigelassen. Schramm selbst wurde am 21.4.1945 in der Bittermark tot aufgefunden.

Gillessen, Martha, geb. Wicke
Geb. am 30.11.01 in Laer, Krs. Bochum. Sie war mit dem Großhändler Richard Gillessen verheiratet, in dessen Geschäft sie arbeitete. Martha Gillessen gehörte vor 1933 der KPD an.
Mitte Dezember 1933 wurde sie festgenommen und am 9.2.34 vom II. Strafsenat des OLG Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr, 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 1 Monat, 26 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. Martha Gillessen verbüßte die Strafe bis zum 14.6.35. Die Gestapo nahm sie am 8.2.45 erneut fest. Am 19.4.45 wurde Martha Gillessen im Rombergpark tot aufgefunden.

Die Gedenkfeier am 13. April 1979

In diesem Jahr hatten sich etwa 1.000 Menschen an der Gedenkstätte Bittermark versammelt. Neben den deutschen waren auch französische Antifaschisten und Antifaschisten anderer Nationalitäten gekommen. Auf mitgeführten Transparenten hieß es: „Weg mit den Berufsverboten!", „Keine Verjährung von Nazi-Verbrechen!", „Sofortiges Verbot der Aussperrung!", „Verbot neonazistischer Organisationen!" Die Bittermarkinitiative gegen Reaktion und Faschismus verteilte Flugblätter, auf denen der Bittermarkereignisse gedacht und die Lehren für die Gegenwart gezogen wurden: „Heute gilt es für jeden Demokraten und Antifaschisten, diesem Prozeß der Faschisierung entgegenzutreten. Das ist das Vermächtnis der Opfer der Bittermark und des Rombergparks. Ein neues 1933 — niemals!"

Als offizielle deutschsprachige Redner traten bei der Feier ein Bürgermeister und ein Pfarrer auf. Auffällig an der Rede des ersteren war, daß erstmalig in den letzten Jahren auf Neo-Nazis eingegangen wurde. Dann zeigte sich die Wirkung der zunehmenden antifaschistischen Proteste. Die Rede des Pfarreres hatte den Grundtenor: „Liebet eure Feinde." Sie wurde von den versammelten Antifaschisten angesichts der Verjährungsdebatte als Provokation empfunden und mit entsprechendem Murren quittiert.

In einem Flugblatt, das Zivildienstleistende verteilten, wurde gegen eine weitere geplante Provokation für jeden Demokraten protestiert. Am 3. Mai sollen in Dortmund 1.000 Bundeswehrsoldaten öffentlich ihr „Gelöbnis" auf den Bonner Staat, den Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, ablegen. „Wir sehen dies im Zusammenhang mit vielen anderen militaristischen Tendenzen", heißt es im Flugblatt der Zivildienstleistenden.





Bewaffnete Patrioten beim Straßenkampf in Nikaragua.

Nikaragua — Offensive gegen das Somoza-Regime

In der vergangenen Woche haben die bewaffneten Patrioten im mittelamerikanischen Nikaragua eine großangelegte Offensive gegen das faschistische Regime des Diktators Somoza begonnen. Die Stadt Esteli im Norden des Landes konnte während der Kampfhandlungen teilweise befreit werden.

Die Patrioten brachten weiter die Stadt El Sauce und die Orte Achupa und Condega unter ihre Kontrolle. Auch aus der Hauptstadt Managua wurden heftige Kämpfe gemeldet. Dabei gelang es den bewaffneten Kräften des Volkes, mehrere Armee- und Polizeistationen außer Gefecht zu setzen. Das Somoza-Regime setzte seinen ganzen Gewaltapparat ein, um die Offensive zurückzuschlagen. Dabei wurde El Sauce von Kampfflugzeugen bombardiert. Den Patrioten gelang es, zwei Terror-Bomber abzuschießen.

Mit der jetzt begonnenen Offensive sind die Kämpfe in Nikaragua wieder in ein entscheidendes Stadium eingetreten. Im vergangenen September hatte sich das ganze Volk im Generalstreik, mit Massendemonstrationen und im bewaffneten Kampf gegen die Diktatur erhoben, um das verhaßte Blutregime zu stürzen. Die Familie Somoza, die — vom amerikanischen Imperialismus an die Macht gebracht — einen großen Teil der Reichtümer des Landes an sich gerissen hat, sitzt dem Volk von Nikaragua schon seit vier Jahrzehnten im Nacken. Jeder Widerstand wurde mit grausamer Brutalität unterdrückt. So war es auch im September. Die Bestie Somoza ließ ganze Orte in Schutt und Asche legen. Von der Innenstadt Estelis zum Beispiel steht heute nur noch der Dom. Tausende wurden von den Terrorkommandos der Nationalgarde ermordet. So gelang es dem Diktator damals, die Volkserhebung niederzuschlagen.

Der Terror jedoch wütete weiter. Somoza verstärkte seine Garde mit Söldnern aus den USA und anderen Ländern. Nach Angaben der bürgerlichen Presse wurden in diesem Jahr täglich etwa zehn Menschen von diesen Banditen ermordet, zumeist Jugendliche, die das Regime grundsätzlich als Partisanen verdächtigt. Jedoch auch der Kampf ging weiter. So wurde im Januar wieder ein Generalstreik ausgerufen, der von Massendemonstrationen begleitet war. Beinahe täglich kam es zu bewaffneten Aktionen. Und jetzt haben die Patrioten ihre Kräfte konzentriert, um zu einem entscheidenden Schlag gegen die verhaßte Diktatur auszuholen.

Daß Somoza seine Herrschaft über das Volk von Nikaragua so lange aufrechterhalten konnte, ist nur der massiven Hilfe durch den westlichen Imperialismus zu verdanken. An erster Stelle muß hier die amerikanische Supermacht genannt werden. Die terroristische Nationalgarde und der General Somoza selbst sind Produkte des amerikanischen Kriegsministeriums. Washington hat Somoza an der Macht gehalten, weil er Nikaragua zu einem Aufmarschgebiet amerikanischer Truppen gemacht und das Land den US-Monopolen geöffnet hat. An der Unterstützung Washingtons für den blutigen Diktator ändern auch einige demagogische Sprüche Carters und ein teilweiser Stopp der Waffenlieferungen nichts.

Was die Belieferung Somozas mit Waffen betrifft, so konnte sich Washington in letzter Zeit zurückhalten, weil ein anderer Vasall des US-Imperialismus diese Aufgabe übernommen hat: der israelische Gangsterstaat. Im vergangenen Sommer landete die israelische „Jaffo" eine ganze Schiffsladung mit Waffen in Nikaragua an. Darunter waren leichte Artillerie, Granatwerfer, schwere Maschinengewehre und Kampfhubschrauber. Und auch nach dem Massaker vom September floß der Strom der Mordwaffen weiter. So konnte Somoza im November fünf israelische „Phantoms" in Empfang nehmen, teilweise komplett mit Piloten. Die israelischen Militärs, die ja eine fast tägliche Erfahrung in der Bombardierung von Dörfern und Flüchtlingslagern im Libanon haben, werden Somoza das Geschäft des Ausradierens ganzer Ortschaften besonders gut besorgen.

Mit von der Partie bei den Waffenlieferungen für das Blutregime von Nikaragua ist auch der Daimler-Benz-Konzern. Aus dem Werk Sao Paulo in Brasilien gingen in diesem Jahr 60 Militärfahrzeuge nach Nikaragua. Wenn es darum geht, am Massenmorden zu verdienen, aus dem Tod zahlloser Menschen noch Profit zu schlagen, sind die westdeutschen Imperialisten immer dabei. Zudem unterhält gerade Daimler besonders enge Beziehungen zu dem Schlächter Somoza. Der Diktator ist Generalvertreter des Konzerns für Nikaragua.

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs gegründet

Am 18. März, dem Jahrestag der Pariser Kommune, wurde die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs gegründet. Damit verfügt die Arbeiterklasse in unserem Nachbarland wieder über ihren revolutionären Kampfstab.

Die Geschichte unserer französischen Bruderpartei geht bis ins Jahr 1920 zurück. Damals wurde als Sektion der Kommunistischen Internationale die Kommunistische Partei Frankreichs gegründet. Die KPF hat als Führerin der Arbeiterklasse historische Verdienste erworben, vor allem im bewaffneten Kampf um die Befreiung Frankreichs vom Joch der hitlerfaschistischen Besatzer. Nach dem Krieg jedoch geriet die Partei immer mehr unter das Kommando von Arbeiterverrätern, die ihr die reaktionäre Linie des Chruschtschow-Revisionismus aufzwangen. Die KPF entartete zu einer bürgerlichen Partei, die im Interesse des französischen Imperialismus die Kämpfe der Arbeiterklasse sabotiert und zu ersticken versucht.

Diejenigen Genossen, die das von den revisionistischen Führern der KPF in den Schmutz getretene Banner des Kommunismus wieder erhoben, sammelten sich in der KPMLF. Es gelang den wahrhaft marxistisch-leninistischen Kräften jedoch nicht, aus dieser Organisation eine wirklich bolschewistische Partei zu formen. Unter dem Einfluß der Gruppe um Jurquet wurde die konterrevolutionäre „Theorie der drei Welten" zur Linie der Partei. Die KPMLF sank herab zu einer Gruppe von Kollaborateuren mit der imperialistischen französischen Bourgeoisie. „Die Mao-Tse-tung-Ideen, von den Marxisten-Leninisten als eine antimarxistische Philosophie entlarvt, dienen ihnen als Grundlage", heißt es in einer Erklärung des Gründungsparteitags der Kommunistischen Arbeiterpartei.

Die Genossen, die jetzt die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufbauen, hatten in den Jahren zuvor — zusammengeschlossen in der Organisation zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Frankreichs (ORPCF) — einen prinzipienfesten Kampf gegen alle Formen des Revisionismus, vor allem gegen die maoistische Strömung geführt. Auf dem Gründungsparteitag erstattete das Nationale Komitee der ORCPF den Rechenschaftsbericht. Einstimmig verabschiedete der Kongreß Programm und Statut der neuen Partei, die vorher in den Zellen der ORPCF diskutiert worden waren. Der Parteitag wählte das Zentralkomitee und verabschiedete eine Reihe von Resolutionen, in denen die Kampfaufgaben der Partei festgelegt sind, so zum Beispiel zur Arbeit der Partei unter den proletarischen Massen und unter der Jugend, zum proletarischen Internationalismus und zum Stalin-Jahr.

Grußbotschaft der KPD/ML

An das
ZK der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs

Liebe Genossen,

mit großer Freude haben wir die Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs am Jahrestag der ruhmreichen Pariser Kommune, dem 18. März 1979, vernommen. Das Zentralkomitee der KPD/ML entbietet aus diesem hervorragenden Anlaß Euch, den Genossen des Zentralkomitees unserer jüngsten Bruderpartei, der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs, und über Euch allen Genossen Eurer Partei die allerherzlichsten Glückwünsche und die besten revolutionären brüderlichen Kampfesgrüße.

Mit dieser Gründung habt Ihr der französischen Arbeiterklasse ihre Vorhutpartei, die unerläßliche Führerin in der Revolution, wiedergegeben, nachdem die Sache des Proletariats und der Revolution von den Führern der PCF und später der PCMLF verraten worden war und diese Parteien zu Agenturen der Bourgeoisie herabgesunken sind.

Wir sind überzeugt, daß sich Eure noch junge Partei in den künftigen Klassenschlachten stählen wird, indem sie von Anbeginn an mutig in die Tageskämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen eingreift, daß sie als Partei der revolutionären Aktion immer mehr zu wirklichen Führern in die Klassenkämpfe des Proletariats und der anderen Werktätigen werden wird, indem sie ihnen Ziel und Richtung weist, sie ausrichtet auf den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie in der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Unsere beiden Parteien sind durch ihren gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, Reaktion und alle Arten des Revisionismus verbunden. Wir sind sicher, daß sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Bruderparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus immer mehr entwikkeln und festigen werden.

Wir wünschen Euch nochmals viel Erfolg in Eurem schwierigen, aber ruhmreichen Kampf und versichern Euch der solidarischen Unterstützung unserer Partei.

Es lebe die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Es lebe der proletarische Internationalismus!



Die streikenden Bauknecht-Arbeiter und -Arbeiterinnen halten das Werk besetzt.

Frankreich/St. Avold-Valmont

Bauknecht-Werke von Arbeitern besetzt

Seit fast neun Wochen, seit dem 16. Februar, halten die 850 Arbeiter der Bauknecht-Filiale in St. Avold-Valmont/Lothringen ihr Werk besetzt. Sie kämpfen für mehr Lohn und für bessere Arbeitsbedingungen. Ihr Kampf findet zunehmend auch die internationalistische Unterstützung durch westdeutsche Arbeiter.

Unmittelbarer Anlaß der Betriebsbesetzung war ein vergleichsweise kleiner Vorfall. Ein Meister des Werkes wurde von dem Direktor Azouley beschimpft. Der Meister jedoch erwiderte dem Direktor, statt ihn zu beschimpfen, solle er lieber die richtigen Löhne zahlen. — Seit der Eröffnung seines Werkes in St. Avold-Valmont nämlich zahlt der Bauknecht-Konzern Löhne und Gehälter unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimum (rund 1.000 Mark). — Wegen seiner Bemerkung wurde der Meister sofort gekündigt. Die Bauknecht-Arbeiter jedoch nahmen das nicht hin; sie legten die Arbeit nieder und besetzten das Werk. Ihre Forderungen: 400 Francs mehr Lohn und Gehalt, andere Eingruppierungen der Angestellten, mehr Urlaubsgeld und ein 13. Monatseinkommen, wie es in Lothringen üblich ist.

Die Firma Bauknecht zeigte sich nicht zu Verhandlungen bereit. Sie drohte, das Werk durch Polizeikräfte räumen zu lassen. Immer wieder kam es zu Provokationen und Angriffen seitens der Werksleitung. Ein Direktor rammte mit seinem Wagen den Wagen eines Kollegen und brachte ihm schwere Verletzungen bei. Leitende Angestellte versuchten, mit Drahtscheren den Werkzaun zu zerschneiden, um Streikbrecher in das Werk zu schleusen. Alle Angriffe aber sind bisher an der Geschlossenheit und Solidarität der Bauknecht-Arbeiter gescheitert.

Obwohl hierzulande die bürgerliche Presse kaum über die militante Streikaktion berichtet hat und berichtet, zeigten auch westdeutsche Arbeiter bereits aktive Solidarität. 1.500 Mark sammelten die Arbeiter und Angestellten des Bauknecht-Zweigwerkes Gevelsberg zur Unterstützung ihrer französischen Kollegen. Ende März bereits waren aus Heidenheim 400 und aus Esslingen 1.200 Mark nach St. Avold-Valmont gesandt worden. Viele westdeutsche Arbeiter sehen in den militanten, ausdauernden und geschlossenen Kämpfen der französischen Arbeiterklasse ein Vorbild und einen Ansporn für ihren eigenen Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer und für die 35-Stunden-Woche.

In Frankreich haben die Arbeiter in den letzten Jahren insgesamt bereits über 90 Betriebe besetzt, um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Manche Betriebe sind bereits seit Jahren besetzt, die Uhrenfabrik Lip in Besancon zum Beispiel seit 1973. Mit den Betriebsbesetzungen kämpfen die französischen Kollegen vor allem gegen die Stillegung von ganzen Werken und die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen. Sie besetzen aber auch — wie das Beispiel Bauknecht in St. Avold-Valmont zeigt — Betriebe, um ihren Forderungen nach höherem Lohn und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Nachdruck zu verleihen.



Bauerndemonstration in Peking

China — „Modernisierung" auf dem Rücken des Volkes

„Weniger Freiheiten, weniger Importe." So sorgte sich in der vergangenen Woche die Zeitschrift „Zeit" über die Entwicklung in China. Allgemein wird in der westdeutsche Presse — nach Monaten einer wahren China-Begeisterung — der stockende Gang der Geschäfte mit Peking beklagt. Einher damit gehen besorgte Kommentare über das schnelle Ende des „Pekinger Frühlings der Demokratie".

Was die Geschäfte betrifft: Tatsächlich haben die Deng und Co. eine Reihe von Großaufträgen, die sie über die westliche kapitalistische Welt ausgeschüttet haben, zurückgezogen. In erster Linie scheint im Augenblick Japan davon betroffen zu sein, wo Verträge über den Bau mehrerer Industrieanlagen, darunter ein 1,5-Milliarden-Dollar-Stahlwerk suspendiert wurden. Aber bedeutet das den Schlußstrich unter die Politik der sogenannten vier Modernisierungen? Das Ende einer Politik, durch die Pekings Revisionisten mit westlichen Krediten, westlicher Technologie und westlichen Waffen China zur Supermacht entwickeln wollten?

Der westdeutsche Stahlkapitalist Wolff von Amerongen hatte im März Gelegenheit, den Pekinger Führern die Sorgen seinesgleichen vorzutragen. Und er äußerte sich nach seiner Rückkehr sehr zufrieden. Von einer Abkehr vom „Modernisierungs-Programm", so Amerongen, könne keine Rede sein. Die chinesischen Führer hätten nur die Schwerpunkte verschoben. Absoluten Vorrang spiel jetzt der Aufbau der Energieproduktion haben. Das bedeutet: Die jetzt schon in Milliardenhöhe im Ausland aufgenommenen Kredite werden vor allem in die Förderung von Erdöl und Kohle gesteckt. Der Kauf von Anlagen zur Stahlerzeugung, des Maschinenbaus usw. tritt gegenwärtig dahinter zurück. Der Grund für diese einseitige Entwicklung der Energieproduktion: Mit dem Verkauf von Öl und Kohle wollen die chinesischen Revisionisten ihr „Modernisierungsprogramm" finanzieren. Und an erster Stelle steht dabei — wie jetzt in Peking offen gesagt wird — die Modernisierung der Streitkräfte, das bedeutet, der Einkauf von Technologie und Waffen aus NATO-Ländern im größten Maßstab. So gibt es denn auch bei den Waffenkäufen keine Vertragskündigungen durch Peking. Im Gegenteil — nach wie vor reisen die Einkäufer Dengs durch die Hauptstädte der NATO-Länder, um immer neue Waffenwünsche anzumelden. Die Tatsache, daß Peking der militärischen Aufrüstung so offen den Vorrang gibt, ist ein weiteres Zeichen für den aggressiven Charakter Chinas.

Zum anderen werden die verstärkte Aufrüstung und die Ausrichtung der Wirtschaft auf das „Modernisierungsprogramm" die soziale Lage des chinesischen Volkes noch weiter verschlechtern. Bezeichnend dafür ist ein Beschluß, der in der vergangenen Woche in Peking verkündet wurde. Danach ist über die Hauptstadt mit sofortiger Wirkung ein Bau- und Renovierungsstopp verhängt worden. Das bedeutet, daß Tausende von Wohnungen, die schon im Bau sind, nicht fertiggestellt und daß neuer Wohnraum bis auf weiteres nicht mehr gebaut wird.

Ein drückendes Problem für die chinesischen Werktätigen sind auch die Preissteigerungen. Die Lebensmittelpreise haben sich seit dem Machtantritt Dengs teilweise verdoppelt, wobei die Erzeugerpreise für die Bauern stabil geblieben sind. Sogar die Pekinger „Volkszeitung" sah sich aufgrund des starken Widerstands gegen die Teuerung veranlaßt, Leserbriefe abzudrucken, in denen etwa darüber geklagt wird, daß „angesichts unserer niedrigen Löhne auf Obst verzichtet" werden muß. Wiederholt ist es in den vergangenen Monaten zu Protestdemonstrationen der Bauern gekommen, die höhere Erzeugerpreise verlangten. Aus Shanghai wurde berichtet, daß dort Arbeiter für höhere Löhne gestreikt haben. Die Armee ging gegen eine Protestversammlung der Streikenden vor dem Werkstor mit Waffengewalt vor und verwundete eine Arbeiterin.

Ein weiteres Kennzeichen der gegenwärtigen Lage in China sind die wiederholten Massendemonstrationen von Jugendlichen. Zu den größten Aktionen kam es während des Frühjahrsfestes in Shanghai, wo jugendliche Demonstranten den Verkehr in der Innenstadt zum Erliegen brachten und zwölf Stunden lang den Hauptbahnhof besetzten. Ihre Forderungen waren: das Recht auf Rückkehr in die Stadt und Arbeitsplätze oder Lehrstellen für alle. Bei diesen Jugendlichen handelt es sich um Angehörige jenes Millionenheers junger Menschen, die nach der sogenannten Kulturrevolution aus den Städten aufs Land verschickt wurden.

In einer kapitalistischen Gesellschaft wie in China trägt eine solche Maßnahme wie die Landverschickung keine revolutionären Züge. Sie ist zum einen gekennzeichnet durch die Unfreiwilligkeit und bedeutet zum anderen die Beseitigung eines „Störfaktors" in den Städten — eines Heers von arbeitslosen und rebellischen Jugendlichen — und ihre Ausnutzung als billige Arbeitskräfte.

Die großen Probleme, vor denen die Werktätigen Chinas heute stehen, werden sich unter dem Regime der Deng und Co. nicht lösen lassen. Es fehlt zwar — gerade in den letzten Monaten — nicht an Versprechungen. So wurden den Arbeitern Lohnerhöhungen, den Bauern höhere Erzeugerpreise verheißen. In der Realität jedoch hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, durch die immer breitere Einführung des Prämiensystems in den Betrieben klaffen die Einkommen der einfachen Arbeiter und der Spezialisten und anderer Kader immer mehr auseinander. Auf dem Land nimmt der sogenannte freie Markt einen immer größeren Umfang ein, wodurch die reichen Bauern begünstigt und die Privatisierung der Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Zudem wird das „Modernisierungsprogramm" mit der verschärften Aufrüstung als Kernpunkt immer weniger Raum für Investitionen im sozialen Bereich, bei der Preisstabilisierung, in der Landwirtschaft usw. lassen. Der Topf für Peking verkündete Baustopp ist da nur der Beginn einer Entwicklung, die die werktätigen Massen immer härter treffen wird. „Die Modernisierung Chinas", so hieß es jetzt in der „Arbeiterzeitung", „kann nicht durch Geld, sondern nur durch die harte und schöpferische Arbeit des Volkes errungen werden." Die werktätigen Massen sollen den Kopf beugen und schuften für die Großmachtpläne der Pekinger Führer — das ist die Bedeutung dieses Programms für das chinesische Volk.

Und wie steht es in diesem Zusammenhang mit der angeblichen Demokratisierung in China? Zunächst einmal: Was die westliche Presse als „Pekinger Frühling" hochjubelte, das hat mit Demokratie für das Volk nicht das geringste zu tun. Damit war das wahrhaft atemberaubende Tempo gemeint, mit dem die chinesischen Führer das Land für die westliche Unkultur öffneten. Das begann mit dem Einkauf von Hollywood-Filmen und ging bis zur Verbreitung westlicher Pornographie in den großen Städten. Im Februar konnte man etwa die folgende Beschreibung in der Shanghaier Zeitung „Wenhui" lesen: „Auf den Straßen verkaufen einige Leute offen indezente Fotos; einige junge Männer, die ihre Haare in blondgefärbten Dauerwellen tragen, flirten und spazieren in weibischer Manier. Bei Nacht hören die Leute in einigen Gassen demoralisierende Musik. Einige Fotostudios stellen Bilder von barbusigen Frauen ins Schaufenster, um Kunden anzulocken."

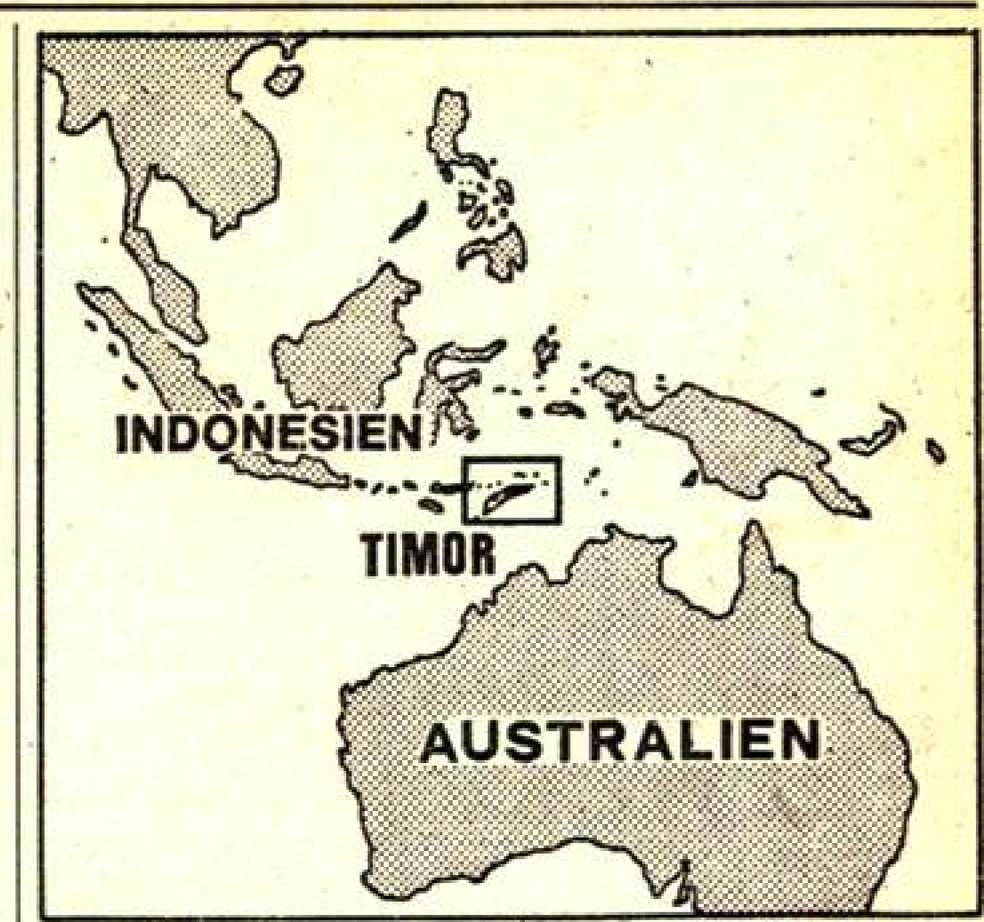
Diese Erscheinungen gehen mit der von Deng persönlich gesteuerten Wandzeitungskampagne einher, in deren Verlauf offen der Marxismus-Leninismus angegriffen, die „amerikanische Demokratie" hochgejubelt und gar Carter aufgefordert wurde, sich um die Menschenrechte in China zu kümmern. Ein solcher „Pekinger Frühling" ist den westlichen Imperialisten natürlich sehr genehm, genauso wie es früher der „Prager Frühling" war. Trägt er doch dazu bei, ihren politischen Einfluß in China zu stärken, Teile des Volkes zu demoralisieren usw.

Kein Wunder also, daß man hierzulande mit Besorgnis auf die Nachricht reagierte, daß die chinesischen Städte von Wandzeitungen gesäubert würden und auch sonst das Klima sich merklich abgekühlt hätte. Tatsächlich aber richten sich die Maßnahmen, die jetzt ergriffen wurden, nicht gegen den „Pekinger Frühling", sondern gegen den Kampf des Volkes. Das wird deutlich, wenn man sich die Beschlüsse des Pekinger Revolutionskomitees vom 29. März ansieht. Danach soll künftig die Besetzung öffentlicher Gebäude streng bestraft werden. Verboten ist das Anschlagen von Wandzeitungen an beliebigen Stellen (also faktisch überall außer auf der unter Dengs Patronat stehenden „Mauer der Demokratie"). Und auch über den Inhalt sind klare Richtlinien erlassen worden. So ist zum Beispiel jede Kritik des Kurses der Pekinger Führer auf Wandzeitungen, Flugblättern und in Losungen verboten.

Diese Beschlüsse zeigen, daß sich die Pekinger Führer für zukünftige Kämpfe rüsten. Den Kurs gegen die „Unruhestifter" hat die „Volkszeitung" schon angegeben: „In einem Wort, wir müssen bestimmt nicht sanft mit ihnen umgehen." Den Kampf der Werktätigen für ihre Interessen werden die neuen Mandarine jedoch auch mit der Verschärfung des Terrors nicht brechen können. Und eines Tages wird das Volk genauso unsanft mit ihnen umgehen und ihr Unterdrückerregime zerschlagen.



„Unruhestifter" am Pranger



Ost-Timor — der Kampf geht weiter

„Ich möchte hier ganz deutlich sagen, daß der Krieg weitergeht." Das erklärte während eines Aufenthalts in der Deutschen Bundesrepublik Abilio Araujo, ein Führungsmitglied der Fretilin-Bewegung, die gegen die indonesischen Invasoren für die Befreiung von Ost-Timor kämpft.

Damit wies A. Araujo die internationale Lügenpropaganda zurück, die gegenwärtig — wieder einmal — das Ende des Freiheitskampfes in Ost-Timor verkündet. Der Anlaß für solche Lügen ist die Tatsache, daß es den indonesischen Besatzern um die Jahreswende gelungen ist, den Präsidenten der Fretilin und der Demokratischen Republik Ost-Timor, Nicolau Lobato, in einen Hinterhalt zu locken und zu ermorden.

Aber auch dieser große Verlust wird den langjährigen Kampf des Volkes und der bewaffneten Patrioten nicht brechen können. Im November 1975 wurde nach dem siegreichen Kampf gegen die früheren portugiesischen Kolonisatoren die Demokratische Republik Ost-Timor gegründet. Unmittelbar darauf fielen Truppen des faschistischen Regimes von Indonesien in das Land ein, um das Volk um die Früchte des Sieges zu bringen und Ost-Timor der blutigen Herrschaft des Generals Suharto zu unterwerfen.

Seitdem führen das Volk und seine bewaffneten Streitkräfte einen heldenhaften Kampf gegen die Besatzer, in dessen Verlauf sie 70 Prozent des Landes befreien konnten. Auch die vom Suharto-Regime verhängte totale See- und Luftblockade und mehrere grausame Ausrottungsfeldzüge konnten den gerechten Kampf nicht ersticken. Im Gegenteil — die Patrioten Ost-Timors brachten den faschistischen Truppen immer größere Verluste bei. Kennzeichnend für die Schwierigkeiten der Suharto-Clique ist die Tatsache, daß sie immer offener um den Beistand ihrer imperialistischen Hintermänner ersuchen muß. So ist Washington im letzten Sommer dazu übergegangen, neben der umfangreichen Waffenhilfe auch Militärberater nach Indonesien zu schicken, die in Ost-Timor eingesetzt werden.

Massive Unterstützung erhalten die indonesischen Faschisten auch aus Bonn. So unterhält etwa die bundeseigene Fritz Werner AG eine Waffenfabrik in Indonesien. Darüber hinaus wurden dem Suharto-Regime auch U-Boote und Kampfhubschrauber geliefert, die für die Blockade Ost-Timors, beziehungsweise für die Partisanenbekämpfung eingesetzt werden. So unterstützen die Imperialisten mit allen Mitteln das von ihnen abhängige Suharto-Regime, um das Volk von Ost-Timor niederzuschlagen und den revolutionären Funken auf dieser Insel in Südost-Asien zu ersticken.

In dem erwähnten Interview mit der Zeitschrift „Ost-Timor Informationen" sagte A. Araujo über den gegenwärtigen Stand der Kämpfe: „Der Krieg erreicht jetzt ein hohes Stadium der Aggressivität. Die Indonesier benutzen sämtliche Waffen, über die sie verfügen. Atombomben konnten sie bisher nur deswegen nicht einsetzen, weil sie keine haben. Aber sie haben chemische Waffen eingesetzt. Wir kennen die Kreativität unseres Volkes bei der Entdeckung neuer Formen des Überlebens. Unser Volk hat Agrarprodukte angebaut, die wir strategische Lebensmittel für den Krieg nennen, vor allem Tapioka, Cassava, Kartoffeln, die, weil sie unterirdisch wachsen, resistent gegen chemische Waffen sind. Deshalb verhungern die Menschen in Ost-Timor nicht. Aus den Berichten, die wir aus den besetzten Gebieten erhalten, wissen wir, daß dort der Hungertod eine Realität ist, aber eben nur in den besetzten Gebieten, in den Konzentrationslagern. In den freien Gebieten reicht die Produktion noch aus. Eine unserer derzeitigen Losungen heißt die Produktion steigern. Denn der Feind wird zwei Waffen anwenden: die militärische Offensive und die Zerstörung der Ernte, beide, um das Volk zu töten. ‚Produzieren, um den Krieg zu ernähren, weil der Krieg uns befreien wird' — das ist die Losung des ZK der Fretilin.

Der Krieg ist sehr intensiv, vor allem wegen des Engagements der Amerikaner in Ost-Timor. Letztes Jahr schickte die US-Regierung ein Geschwader OV 10 Bronco an die indonesische Luftwaffe. Sie werden gegen unser Volk eingesetzt, sie bombardieren uns. Die US-Regierung sagte den Kauf von zwei Geschwadern zu, F5 EL-Kampfflugzeugen und A4-Kampfflugzeugen. Das bedeutet, daß der Kampf härter wird. Aber wir haben bisher schon eine Bronco und einige Hubschrauber abgeschossen."

CIA: Menschenversuche mit LSD

Der amerikanische Geheimdienst CIA experimentierte in den fünfziger und sechziger Jahren mit der Psycho-Droge LSD. Die Menschenversuche wurden dabei oft an völlig ahnungslosen Personen durchgeführt — mit teils verheerenden Folgen. Dies enthüllte nun der amerikanische CIA-Experte Marks in seinem Buch „The Search of the ‚Manchurian Candidate'".

Am 13. April 1953 genehmigte der damalige CIA-Chef Dulles ein Programm für den „geheimen Einsatz biologischer und chemischer Stoffe". Es ging dabei um die Entwicklung neuer Verhör-, „Wahrheitsfindungs"- und Gehirnwäsche-Techniken unter Einsatz von Drogen — vor allem LSD — sowie um den Einsatz von LSD als Kampfmittel. Die Durchführung des Programms unterlag einem gewissen Sidney Gottlieb, einem Abteilungsleiter im „Stab für Technische Dienste" des CIA. Gottlieb, promovierter Doktor der Chemie, zeichnete sich dadurch aus, daß er vor „heiklen Aufgaben, die nun einmal erledigt werden mußten", nicht zurückschreckte.

Mit 300.000 Dollar Anfangsetat ausgestattet, rollte das LSD-Programm an. Gottlieb und seine Agenten erprobten das LSD zunächst im „Selbstversuch". Die erzielten Resultate waren ihnen jedoch zu unsicher. Sie verlangten nach einer Erprobung unter „realistischen Bedingungen", das heißt an ahnungslosen Opfern, die nicht wußten, daß ihnen LSD verabreicht wurde.

Ein derartiger Versuch konnte erstmals im November 1953 durchgeführt werden. Gottlieb ließ einer Gruppe von Armee-Wissenschaftlern im Fort Detrick im Staate Maryland heimlich LSD verabreichen. Bei diesem „Versuch" starb der Wissenschaftler Frank Olson; er stürzte sich in geistiger Umnachtung aus einem Hotelfenster in den Tod. Die Todesumstände blieben geheim; die Verwandten Olsons erfuhren erst 1975 von den wahren Ursachen seines Todes.

Der Todesfall bremste die Drogen-Aktivitäten des CIA nicht. Gottlieb begann nun — in Zusammenarbeit mit einem hohen Beamten der US-Rauschgiftbehörde namens George White — mit der Einrichtung sogenannter „Safe-houses". In diesen „Safe-houses" wurden unter verschiedenen Vorwänden ahnungslose Menschen gelockt, dort unter Drogen gesetzt und über verborgene Mikrophone und durch durchsichtige Spiegel von White, Gottlieb und anderen CIA-Agenten beobachtet. Am erfolgreichsten war das „Safe-house" in San Francisco, das als Bordell eingerichtet war und unter der unmittelbaren Leitung von White stand. Erprobt wurden hier LSD, verschieden „k.o.-Tropfen" und exotischere Drogen. Die Skrupellosigkeit und Menschenverachtung, mit der die CIA-Agenten dabei zu Werk gingen, erinnert an die Menschenversuche der SS-Ärzte in den Konzentrationslagern. Erkrankungen der Opfer, bleibende schwere gesundheitliche Schädigungen und Todesfälle waren einkalkuliert. „In mehreren Fällen waren die Testpersonen stunden- oder tagelang krank und mußten in zumindest einem Fall ins Krankenhaus eingeliefert werden", heißt es in einer CIA-Dokumentation. Und ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter erinnert sich: „Wenn wir uns vor einer Droge so sehr fürchteten, daß wir sie an uns selbst nicht ausprobieren wollten, schickten wir sie nach San Francisco." — Bei den „Experimenten" war selten ein Arzt anwesend; die Opfer waren der Willkür und dem „Forschungsdrang" der CIA-Kreaturen vollständig ausgeliefert.

Um was für Menschen es sich dabei handelt, zeigt eine kurze Betrachtung des schon erwähnten Betreibers des San Franciscoer „Safe-house", George White. White war vor dem zweiten Weltkrieg bei der US-Rauschgiftbehörde, deren Zweck ja angeblich der „Kampf gegen Drogenmißbrauch" ist, beschäftigt. Während des Weltkrieges trat er in die Dienste des Spionagedienstes OSS und erprobte nun die Wirkung von konzentriertem Marihuana an „kommunistischen Freiwilligen" und „ahnungslosen Opfern". Nach dem Krieg verwandelte er sich wieder in einen „Drogenbekämpfer"; in der US-amerikanischen Rauschgiftbehörde stieg er zu einem ranghohen Beamten auf. 1952 gewann ihn Gottlieb für die LSD-Projekte des CIA. Nun verabreichte White ahnungslosen Opfern erneut Drogen. Die in seinen „Safe-houses" beschäftigten Prostituierten ließ er, soweit sie heroinsüchtig waren, direkt mit Heroin entlohnen. Er selbst war Alkoholiker. Über seine Tätigkeit im LSD-Programm des CIA schrieb er später rückblickend an seinen Komplicen und Gönner Gottlieb:

„Ich habe aus ganzem Herzen in den Weinbergen geackert, weil es Spaß, Spaß und nochmals Spaß machte. Mit dem Segen des Allerhöchsten lügen, töten, betrügen, stehlen, vergewaltigen und plündern — wo sonst hätte ein echter Amerikaner das tun können?"

„Hort der Freiheit", „Vaterland der Demokratie", „Gods own country (Gottes eigenes Land)" usw. werden die USA von ihren Verherrlichern überschwenglich genannt. Aber nicht zuletzt der Geheimdienst CIA — dieses ureigenste Produkt der USA — zeigt deutlich, wie es um diesen Staat wirklich bestellt ist, zu welchen Methoden die Dollarbarone zu greifen genötigt und Willens sind, um ihre Macht im In- und Ausland aufrechtzuerhalten.

Das LSD-Programm des CIA mit seinen „Safe-houses" wurde 1965 offiziell eingestellt. Es hieß, daß sich LSD und andere Drogen als für den militärischen und geheimdienstlichen Einsatz unbrauchbar erwiesen hätten. — Die US-amerikanischen Geheimdienstbehörden hätten also jahrzehntelang umsonst „experimentiert", mit einem riesenhaften Aufwand an Personal und Geld?

Es lassen sich zwar bis jetzt keine direkten Verbindungen nachweisen, aber sicher ist dies: Im Jahre 1965 — der CIA hatte gerade sein Drogenprojekt „eingestellt" — begann an den Universitäten und Colleges in den USA der LSD-Boom. Die massenhaft auftauchende Droge kam gerade rechtzeitig, um zur Aufspaltung, zur Desorganisation und zur Pazifizierung der aufbegehrenden Studenten und der Vietnam-Kriegs-Gegner beizutragen — in Ergänzung zu den bewaffneten Aktionen der US-amerikanischen Nationalgarde.



Schmidt an den Ruinen von Machu Picchu/Peru

Noch immer ist hier etwas fortzuschaffen.
Peru! Jetzt komme *ich*, der *Kanzler Schmidt!*
Pizarro kam mit Kruzifix und Waffen;
ich komme mit Verträgen und Kredit.

Bruno Apitz gestorben



Am 7. April verstarb der antifaschistische Schriftsteller Bruno Apitz drei Wochen vor der Vollendung seines 79. Lebensjahres. Bruno Apitz stammte aus einfachen, proletarischen Verhältnissen, sein Vater war Wachstuchdrucker, seine Mutter Waschfrau.

Schon sehr früh kämpfte er an der Seite des Proletariats; 1917 wird er zu einenhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er als Mitglied der Liebknecht-Jugend Propaganda gegen den imperialistischen Krieg gemacht hat. An der bewaffneten Niederschlagung des Kapp-Putsches nahm er teil, trat mit 27 Jahren der KPD bei und leitete im Parteiauftrag den Zentralverlag der RHD. Die Jahre des nazistischen Terrors verbrachte er zum größten Teil in den Kerkern und KZs der Faschisten, von 1937 bis 1945 im KZ Buchenwald. Nach der Befreiung schrieb er mehrere Hörspiele.

In den Jahren 1955 bis 1958 schrieb Bruno Apitz den Roman „Nackt unter Wölfen". Trotz der realistischen Darstellung der faschistischen Verbrechen und Grausamkeiten läßt der Roman die faschistische Bestie niemals als unbesiegbar und übermächtig erscheinen. Er stellt dem unvorstellbaren Terror die unbezwingbare Kraft der kommunistischen Lagerorganisation entgegen, der es trotz größter Schwierigkeiten gelingt, den gewaltsamen Aufstand zu organisieren.

Bruno Apitz gehörte zu jener Schriftstellergeneration, die die proletarisch-revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterliteratur begründeten. In den Jahren 1930/33 leitete er den Leipziger Bezirk des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller.



Sonntag, 22. April, 21.30 Uhr, DDR-Fernsehen I:
Bekenntnisse eines Neunzigjährigen — Ludwig Renn.

***

Sonntag, 22. April, 21.45 Uhr, Hessen III:
Nana. Spielfilm (1926) des französischen Regisseurs Jean Renoir nach dem gleichnamigen Roman von Emile Zola.

***

Sonntag, 22.4., 22.30 Uhr, ARD:
Menschen und Straßen. Lagerstraße Auschwitz. Der Film von Ebbo Demant belegt dokumentarisch die Geschichte einer Straße im KZ Auschwitz von Juni 1940 bis 1945.

***

Montag, 23. April, 21.15 Uhr, WDR III:
Die Marseillaise. Wie in einer Wochenschaumontage läßt der französische Regisseur Jean Renoir in seinem Spielfilm (1938) die Ereignisse der Französischen Revolution am Zuschauer vorüberziehen.

***

Dienstag, 24. April, 20.15 Uhr, ARD:
Barfuß in Köln. „De Black Fööss" und ihre Lieder. Für Liebhaber zeitkritischer Lieder mit (kölschem) Lokalkolorit.

***

Dienstag, 24. April, 20.15 Uhr, Hessen III:
Das Testament des Dr. Cordelier. Französischer Spielfilm (1959). Regie: Jean Renoir.

***

Mittwoch, 25. April, 20.15 Uhr, ARD:
Anton Sittinger. Fernsehfilm nach dem bekannten Roman des Volksschriftstellers und Antifaschisten Oskar Maria Graf.

***

Freitag, 27. April, 21.40 Uhr, ARD:
Ein Stück für den Blaumann. Reportage über das „Mobile Rhein-Main-Theater", das vier Wochen lang im Dortmunder Hoesch-Werk ein Stück einstudierte, das in Gesprächen mit den Stahlarbeitern entwickelt wurde. Im Mittelpunkt des Stücks steht die Forderung nach der 35-Stunden-Woche.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.